57. Mittwoch den 7. März 1860. 57.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 7. März. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Präsidenten der Großherzoglich luxemburgischen Regierung, Staatsminister Simons, den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse, dem Stallmeister der Ritterakademie zu Liegnitz, Rittmeister a. D. Haenel, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Generalsekretär bei der Großherzoglich luxemburgischen Regierung, Regierungsrath Deny, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Schullehrer Guder zu Modritz, im Kreise Freistadt, dem Maurermeister Leißring zu Merseburg, und dem Hüttenvogt und Materialienabnehmer auf der Friedrichshütte bei Tarnowitz, Pelka, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Kammerherrn und Legationsrath Friedrich Grafen zu Eulenburg zu Berlin, nach Prüfung desselben durch das Kapitel und auf Vorschlag des Durchlauchtigsten Herrenmeisters, Prinzen Karl von Preußen K. H., zum Ehrenritter des Johanniter-Ordens; so wie die Kreisrichter von Elmendorff in Minden, Meyer in Warburg, May in Brakel, Hasse in Wiedenbrück und Schroeder in Bielefeld zu Kreisgerichtsräthen zu ernennen.

Der bisherige Kreisrichter Tolki ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Ortelsburg und zugleich zum Notar im Departement des Ostpreußischen Tribunals zu Königsberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Ortelsburg, ernannt worden.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Fürst Hugo zu Hohenlohe-Oehringen, aus Schlesien; Se. Exzellenz der General-Lieutenant und Inspektor der ersten Artillerie-Inspektion, von Puttkammer, von Stettin; der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Kaiserlich russischen Hofe, von Bismarck-Schönhausen, von Königsberg i. Pr.; der General-Major und Brigadier des zweiten Artillerie-Regiments, Elten, von Stettin, und der General-Intendant der Königlichen Schauspiele, Kammerherr von Hülsen, von Hamburg.

Abgereist: Der Fürst Anton Sulkowski nach Paris, und Se. Exzellenz der Wirkliche Geheime Rath, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königlich niederländischen Hofe, Erb-Hofmeister in der Kurmark Brandenburg, Graf von Königsmarck, nach Plauen.

Das 7. Stück der Gesetzsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5183 den Allerhöchsten Erlaß vom 16. Januar 1860, betr. die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von der Püttkenmühle bei Mittenwalde über Theresienhof bis zum Anschluß an die Berlin-Kottbuser Staatsstraße; unter Nr. 5184 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des teltower Kreises im Betrage von 20,000 Thlr. Vom 16. Januar 1860; unter Nr. 5185 den Allerhöchsten Erlaß vom 30. Januar 1860, betr. die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau der Kommunalstraße von Geldern über Camp nach Rheinberg, im Regierungsbezirk Düsseldorf; unter Nr. 5186 den Allerhöchsten Erlaß vom 13. Februar 1860, betr. die Genehmigung zu der von dem Hörder Bergwerks- und Hüttenverein beabsichtigten Herstellung und Benutzung einer Pferde-Eisenbahn von der Hermanshütte nach dem Steinkohlen-Bergwerke des Vereins bei Brackel und Asseln; unter Nr. 5187 die Bekanntmachung der Allerhöchsten Bestätigung des Statuts einer unter der Benennung „Zoologischer Garten in Köln" mit dem Domizil zu Köln errichteten Aktien-Gesellschaft zur Gründung eines zoologischen Gartens bei der Stadt Köln. Vom 23. Februar 1860, und unter Nr. 5188 die Bekanntmachung über den Beitritt der freien Stadt Lübeck zu dem Vertrage d. d. Gotha, den 15. Juli 1851, wegen gegenseitiger Verpflichtung zur Uebernahme der Auszuweisenden. Vom 24. Febr. 1860.

Berlin, den 5. März 1860.

Debitskomptoir der Gesetzsammlung.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Dienstag, 6. März, Morgens 4 Uhr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses antwortete Lord John Russell auf eine Anfrage Hankey's, daß der mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag, Algerien ausgenommen, nicht auf die französischen Kolonien anwendbar sei, er hoffe jedoch, daß diese Beschränkung bald wegfallen werde. Russell sagte ferner, daß Kaiser Napoleon beabsichtige, dem gesetzgebenden Körper vorzuschlagen, die Ausfuhrsteuer auf Lumpen aufzuheben. Lord Palmerston beantragte die Diskussion der von Byng eingebrachten Dankadresse an die Königin für den Handelsvertrag. Kinglake sprach sich gegen die Adresse aus. Der Handelsvertrag habe den Zweck, die Freundschaft mit Frankreich zu befördern. Bevor die Beziehungen zu Frankreich nicht klar wären, würde die Annahme der Adresse ein bloßer Hohn sein. Byng versagte die Adresse. Palmerston sagte, die Adresse sei bloß auf den Wunsch vieler Mitglieder eingebracht worden. Fitzgerald sagte, bei der Einverleibung Savoyens handle es sich um ein Prinzip, das wichtiger als die Abtretung des Territoriums sei, da in dem darauf bezüglichen Passus der Rede des Kaisers sich eine Anspielung auf natürliche Grenzen befinde. Europa erwarte von England die Initiative gegen eine solche Politik. Wenn eine Billigung des Handelsvertrages vorgeschlagen werde, so erscheint dies wie eine Billigung der französischen Politik. Es sei aber ein ernster Protest gegen dieselbe nothwendig, und er halte es daher für rathsam, daß die Diskussion des Vertrages erst nach der Diskussion über die Einverleibung Savoyens stattfinde. Bright tadelte die Rede Fitzgerald's und behauptete, die Partei desselben sei gegen den Handelsvertrag. Auch Roebuck hält es für nothwendig, daß das Haus seine Meinung gegen die Einverleibung Savoyens ausspreche, bevor es über den Handelsvertrag diskutire.

Im weitern Verlaufe der Nachtsitzung des Unterhauses sagte Lord John Russell: Wenn ein Mitglied die Frage aus den Händen der Regierung nehmen und sie in andere übertragen wolle, so möge es dies versuchen; aber das beobachtete Verfahren sei unkonstitutionell und gefährlich. Man möge einen bestimmten Antrag stellen und die Regierung werde antworten. Er sei gegen die Einverleibung Savoyens; er habe nie zurückgeschreckt vor diesem Meinungsausdruck und vor seinen Konsequenzen, aber der Kaiser Napoleon habe erklärt, er werde die Großmächte befragen, obschon es noch nicht bekannt geworden, wie die Befragung geschehen solle. Die englische Regierung und das Parlament haben gesprochen, Europa aber noch nicht, obgleich dessen Ansicht wohl zweifellos sei. Zu einer solchen Zeit müsse ein übereilter Entschluß von Seiten des Hauses vermieden werden. Wenn man in Wien, Berlin und Petersburg gegen den Anschluß Savoyens sei, so sei er überzeugt, der Kaiser Napoleon werde nicht darauf bestehen. Auch Sardinien habe noch nicht gesprochen. Lord John Russell forderte das Unterhaus auf, den Handelsvertrag selbständig zu beurtheilen. Russell sagte: Als Malmesbury Minister war, wurde er von der beabsichtigten Einverleibung Savoyens benachrichtigt, wenn er damals nicht eifrig dagegen protestirte, so sei jetzt die aufregende Diskussion nutzlos. Die Adresse wurde bis Donnerstag vertagt.

London, Dienstag, 6. März, Morgens 8 Uhr. „Times", „Daily News" und „Morning Post" beschuldigen die Tories, sie wollten England in einen Krieg mit Frankreich verwickeln. Die „Times" meint, England würde den Minister ins Narrenhaus schicken, der wegen Savoyen einen Krieg beabsichtigte. Nach dem „Advertiser" lautet die Antwort des Grafen Cavour, Sardinien wünsche die Ansichten des Kaisers zu realisiren, aber sie böten große Schwierigkeiten. Sardinien sei zwar nicht gegen die Autonomie Toscana's, würde aber nicht Toscana zurückweisen, wenn das abzugebende Votum der Einverleibung günstig sei. Boncompagni habe, wie „Advertiser" ferner berichtet, während des Votums Mittel-Italien zu verlassen, und habe Sardinien das Vikariat in der Romagna angenommen.

Die Rede des Herrn v. Vincke über Italien in der 21. Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses wird von den meisten englischen Journalen besprochen.

Turin, Montag, 5. März. Graf Arese ist hier angekommen. — Der Mailändische Klerus hat eine Kommission Behufs Unterstützung der Emigration ernannt. — Die Funktionen Boncompagni's haben durch die Zusammenberufung der Wahlträger aufgehört.

Die „Opinione" veröffentlicht ein Cirkular des Grafen Cavour an die Großmächte vom 24. Februar. Der Inhalt desselben betrifft die Verhaftung solcher Personen zu Mantua, welche die venetianische Emigration begünstigt haben oder dieselben zu begünstigen im Verdacht sind. Cavour sagt, es dehne sich dieses System auf solche Personen aus, welche in die durch den Züricher Vertrag festgestellte Amnestie mit einbegriffen seien. Er glaubt gegen diese Bestimmung reklamiren zu müssen, die bedeutende Stipulationen des Vertrags ausdrücklich vernichte. Er dringt in den Kaiser von Oestreich, daß die auch in Villafranca verabredete Amnestie so ausgedehnt als möglich sei.

(Eingegangen 7. März 8 Uhr Vormittags.)

CH Posen, 7. März.

Die jüngste napoleonische Thronrede hat mehr Aufsehen erregt, als man Anfangs vermuthete und als man verständiger Weise erklären kann. Die Kaiserreden haben, wie alle Welt seit Jahren weiß, einen durchaus anderen Charakter, als die in anderen europäischen Ländern üblichen Thronreden. In Frankreich ist heut zu Tage das ganze parlamentarische Wesen nur eine schmiegsame Form, welche ein selbstbewußter und mächtiger Wille für seine Zwecke mit Geschick zu handhaben weiß. Während in anderen Staaten die Träger fürstlicher Würden bei jedem ihrer Worte die Rücksicht auf die Vertretung des eigenen Landes und die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten vor Augen haben und danach den Inhalt und die Form ihrer Mittheilungen behutsam abmessen, tritt der Kaiser der Franzosen als ein Selbstherrscher auf, dessen Gebot nicht allein in Frankreich unverbrüchliches Gesetz ist, sondern dessen Stimme sich auch anmaßt, für ganz Europa das entscheidende Wort zu sprechen. Es ist eben die Ueberhebung einer Macht, welche keine Schranken mehr anerkennt und sich zur Diktatur berechtigt glaubt, weil sie in Frankreich auf dem Boden des allgemeinen Stimmrechts einige Wahlschlachten gewonnen und im Auslande mit bewaffneter Hand einige Siege erfochten hat.

So hat denn auch die neueste Kundgebung des napoleonischen Willens eine doppelte Richtung; doch ist der wesentliche Theil derselben den auswärtigen Beziehungen gewidmet. Dem eigenen Lande gegenüber braucht der Kaiser der Franzosen sich auf keine weitläufigen Erörterungen einzulassen: er kann zu seinen Unterthanen durch seine Dekrete, seinen „Moniteur", seine Minister und seine sonstigen dienstfertigen Organe sprechen, mit der festen Zuversicht, daß seinem Willen nirgend ein erheblicher Widerstand in den Weg treten werde. Deshalb werden die inneren Fragen in der Thronrede mit wenigen Worten abgefertigt. Der Kaiser giebt sogar selbst zu, daß die Stimmung des Landes dem Abschluß eines Handelsvertrages mit England widerstrebte. Das konnte aber natürlich kein Hinderniß für den vom allgemeinen Stimmrecht erwählten Herrscher sein, der sich gerade veranlaßt fand, das seinen anderweitigen Absichten bequeme Bündniß mit England durch einen materiellen Kitt zu befestigen und deshalb sich so schleunig von Herrn Cobden und Genossen zum Freihandelssystem bekehren ließ. Indessen beruhigt der Kaiser seine Unterthanen über die von ihm so plötzlich ergriffene Initiative durch die Versicherung, daß seine Maaßnahmen dem Lande zum Heile gereichen und durch wohlfeiles Leben die Lage der Arbeiter verbessern würden — Verheißungen, welche sich jedenfalls nur unter der nicht übermäßig wahrscheinlichen Voraussetzung verwirklichen könnten, daß Frankreich unter dem napoleonischen Regimente sich eines langdauernden Friedens zu erfreuen hätte. Natürlich hat auch die katholische Bewegung nicht ohne Beachtung in der Thronrede bleiben können. Der Kaiser findet sich, als ältester Sohn der katholischen Kirche und seit elf Jahren die Hauptstütze des heiligen Stuhles, sehr gekränkt, daß die kirchliche Macht seinen Forderungen widerstrebt und ihm nicht gestatten will, über einen Theil ihres vertragsmäßigen Besitzes zu Gunsten des Königs von Sardinien zu verfügen. Dennoch betheuert Napoleon, daß er sein Vertrauen in die öffentliche Vernunft nicht verloren und inmitten aller Agitationen seine Ruhe bewahrt habe. Da die Versuche einer Versöhnung der Insurgenten in der Romagna mit ihrem Souverän mißlungen seien, so habe er wenigstens danach gestrebt, das Prinzip der weltlichen Macht des Papstes in den aufständischen Provinzen unverletzt zu erhalten, wobei freilich dem Scharfsinn des Publikums überlassen bleibt, zu ergründen, welcher Vortheil dem Papste aus der Warnung des Prinzipes erwächst, wenn ihm jeder Einfluß, geschweige denn die Ausübung irgend einer thatsächlichen Herrschaft, auf die betreffende Provinz entzogen bleibt.

Jedoch hier stehen wir bereits auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, welcher der überwiegende Theil der Thronrede angehört. Napoleon III. liebt es bei solcher Gelegenheit, seine Rede an das große Publikum Europa's zu richten, und diese Art der Unterhaltung muß einem Herrscher seines Gepräges um so willkommener sein, als ihm im großen Saale des Louvre natürlich das erste und das letzte Wort zusteht. So erfahren wir denn, daß Europa am willfährigsten der jüngst von Seiten Frankreichs in Turin empfohlenen Lösung zustimmen wird, obgleich bekanntlich diese Lösung mit den bisherigen Kundgebungen der übrigen Mächte in offenem Widerspruch steht. So erfahren wir ferner, daß Frankreich gegenüber der durch seine eigenen Anstrengungen vergrößerten Nachbarmacht seine Grenzen nicht mehr sicher findet und deshalb das Gebiet der Alpenabhänge, also Savoyen und Nizza, wiederfordern muß. Diese letztere Erklärung hat endlich einige bisher in gutmüthiger Harmlosigkeit befangene Journale aus dem Schlafe gerüttelt und ihnen deutlich gemacht, auf welche Ziele das napoleonische Völkerrecht hinaussteure. Wir unsererseits haben schon oben angedeutet, daß die Rede Napoleons uns nichts Ueberraschendes gebracht hat. Seine Ansprüche auf Savoyen und Nizza waren schon im englischen Parlamente durch die leitenden Minister als vorhanden eingestanden worden und man durfte wahrlich nicht voraussetzen, daß die edlen Lords Palmerston und Russell ihrem kaiserlichen Freunde solche Absichten ohne Grund zuschreiben würden. Die Rede vom 1. März bringt uns daher nichts Neues, denn wir haben niemals bezweifelt, daß der Mann der verwegenen That und der verwegenen Absichten im geeigneten Momente auch das kühne Wort findet. Mögen die Großmächte dafür Sorge tragen, daß es nicht das herrschende in Europa werde.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 6. März. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der Prinz-Regent wohnte gestern Abend mit mehreren Mitgliedern der königlichen Familie der Balletvorstellung im Opernhause bei. Die Frau Prinzessin von Preußen, die Frau Prinzessin Karl und andere hohe Herrschaften besuchten die italienische Oper. Nach dem Schluß der Vorstellung war im Palais des Prinz-Regenten Theegesellschaft, in der außer den Mitgliedern der königlichen Familie der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern, die Fürsten Radziwill mit ihren Gemahlinnen und andere hohe Personen erschienen. Heute Vormittag ließ sich der Prinz-Regent von dem Polizeipräsidenten v. Zedlitz und dem General v. Manteuffel Vortrag halten und empfing darauf den General-Intendanten v. Hülsen; später arbeitete der Prinz-Regent mit dem Minister v. Auerswald und empfing alsdann einige höhere Militärs. Die Frau Prinzessin fuhr Vormittags ins königliche Schloß und stattete der Frau Fürstin von Hohenzollern, welche von ihrem Unwohlsein wieder hergestellt ist, einen längeren Besuch ab. Aus dem Schlosse begab sich die hohe Frau ins Palais des Prinzen Friedrich Wilhelm. Um 5 Uhr war Tafel beim Prinz-Regenten, zu der namentlich zur Zeit hier anwesende höhere Militärs und andere hochgestellte Personen Einladungen erhalten hatten. Morgen giebt der Herzog von Ratibor ein solennes Diner, zu dem er auch seine Schwiegermutter, die Fürstin von Fürstenberg, erwartet. — Bei dem englischen Gesandten war heute Diner, an welchem 22 Personen Theil nahmen. Unter den Gästen befanden sich mehrere Mitglieder des diplomatischen Korps und des Landtags mit ihren Gemahlinnen, der englische Gesandte am hannoverschen Hofe, Howard, der Graf und die Gräfin Pourtalès und andere gräfliche Personen,

Die heutige Soirée des Finanzministers v. Patow wollen auch unsere Prinzen und Prinzessinnen besuchen. Leider haben wir ein sehr unfreundliches Wetter; es regnet und schneit.

Die hiesigen Universitätslehrer denken bereits an den Schluß ihrer Vorlesungen und wird derselbe spätestens im Laufe der nächsten Woche erfolgen. Viele Studenten verlassen alsdann unsere Stadt, weil sie ihre Studien theils in Halle, Bonn, Erlangen, Tübingen, Heidelberg 2c. fortsetzen wollen; nur einzelne gehen zu diesem Zwecke nach Greifswald. — In der letzten Hälfte d. M. wird im Opernhause vor dem Prinz-Regenten und anderen hohen Herrschaften und dem meist aus Offizieren bestehenden Preisrichterkollegium die Aufführung der in diesem Jahre zur Erwerbung der statutenmäßig ausgesetzten Prämien eingesandten Konkurrenzmärsche für Militärmusik stattfinden. Schon jetzt sind die Musikchöre der hier garnisonirenden Regimenter damit beschäftigt, eine Anzahl als zur Konkurrenz würdig ausgewählten Märsche durchzuspielen und ihr Votum darüber abzugeben, was unter Leitung der gleichsam als erste Instanz fungirenden 3 Musikdirektoren Piefke, vom 8. Inf. Reg., Liebig, vom Kaiser Alexander-Gren.-Reg., und Weinberg, vom zweiten Garderegiment zu Fuß, geschieht. — Im Laufe des Sommers werden hier die Königin von Bayern und die Prinzessin Elisabeth von Hessen und bei Rhein zum Besuche erwartet; auch die Königin von England soll zu einem längern Besuch nach Berlin kommen.

— [Unterrichtswesen.] Das Februarheft des „Centralblatts für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen" enthält eine Verfügung vom 13. Dezbr. v. J., wonach auf einem Gymnasium, mit welchem Realklassen verbunden sind, ein fakultativer Unterricht des Englischen für die oberen Gymnasialklassen nicht einzurichten ist. Ferner eine Verfügung vom 3. Februar, daß an Realschulen zweiter Ordnung auch solche Schüler zum Abiturienten-Examen zugelassen werden können, welche am Unterricht im Lateinischen nicht theilgenommen haben. Die betreffenden Schüler sind aber bei Zeiten darauf hinzuweisen, daß bei den meisten Berechtigungen Kenntniß des Lateinischen zu den vorschriftsmäßigen Erfordernissen gehört. Endlich eine Verfügung vom 14. Januar, daß landwirthschaftlicher Unterricht in den Lektions- und Lehrplan der Elementarschulen nicht als Unterrichts-Gegenstand aufgenommen, aber aller Unterricht möglichst praktisch gestaltet und, so weit zulässig, auch mit den Bedürfnissen der Landwirthschaft in fruchtbare Beziehung gesetzt werde. Wo außerdem die Verhältnisse es nöthig und ausführbar machen, sollen die Regierungen die Betheiligung der Elementarlehrer an den landwirthschaftlichen Interessen der Gemeinden und Vereine, sowie die Abhaltung von Fortbildungs-Unterricht durch dieselben, auch zu landwirthschaftlichen Zwecken, in jeder möglichen Weise unterstützen und fördern. — Nach einem Reskript des Ministers der geistlichen 2c. Angelegenheiten geht durch die im Wege der Disziplinar-Untersuchung ausgesprochene Dienstentlassung auch der Titel „Lehrer" verloren.

Haspe, 5. März. [Die Regulative.] Auf schriftliche Einladung des Superintendenten Lohoff von Rüggeberg an die Geistlichen, Lehrer und Presbyter der Diözese Hagen fand am 29. v. M. eine Versammlung zu dem Zwecke Statt, an den Kultus-Minister aus Anlaß des die Regulative betreffenden Reskripts desselben vom 19. November v. J. eine Dank- und Vertrauens-Adresse zu erlassen. Von den Eingeladenen waren nur erschienen 11 Geistliche (darunter der Pastor Hengstenberg aus Wetter, Bruder des bekannten Redakteurs der „Evangelischen Kirchenzeitung", der Präsident der westfälischen Provinzial-Synode, Dr. Albert v. Gevelsberg und der Ortsgeistliche, drei „vertriebene Schleswig-Holsteiner), acht Lehrer und 9 Presbyter; in Anbetracht, daß die Diözese Hagen 30 ordinirte Geistliche und 117 Elementar-Schullehrer zählt, eine kleine Zahl. Die Adresse, von Dr. Albert verfaßt und auf der Lehrerversammlung in Milsche durchgefallen, blieb auch auch hier nicht ohne energische Opposition, sie erhielt indeß etwa 20 Unterschriften. Gleichzeitig aber wurde in demselben Lokale und in Gegenwart der Regulativfreunde von zahlreich erschienenen Ortseingesessenen eine Adresse an das Abgeordnetenhaus angenommen und unterschrieben, welche den Erlaß des in der Verfassung verheißenen Unterrichtsgesetzes anstrebt. Diese letztere Adresse betonte es scharf, daß die Regulative „das Werk einer orthodox-pietistischen Partei", die Merkmale ihres Ursprungs an sich tragen. (K.Z.)

Oestreich. Wien, 5. März. [Ueber die beiden Depeschen Thouvenel's] an die französischen Gesandten in Turin und London läßt sich die „Ostdeutsche Post" folgendermaßen vernehmen: Herr Thouvenel hält die Welt in Athem. Die Setzer in den europäischen Buchdruckereien haben noch kaum die Buchstaben der einen abgedruckten Note auseinander gelegt und nun müssen sie dieselben bereits wieder zu einer zweiten zusammensetzen, welche die Feder dieses produktiven Diplomaten in die Welt sendet. Kein Wunder! Gleicht doch die heutige französische Politik selber einem großen Setzkasten, wo die Lettern jeden andern Tag zu einer andern Gruppirung zusammengestellt werden, nur mit dem Unterschiede, daß der Setzer in den Tuilerien statt der Buchstaben sich ganzer Staaten und Gebiete bedient, die er heute so und morgen anders zusammengefügt wissen will. Die Note des Herrn v. Thouvenel enthält eine vollständige Drohung. Er beauftragt den französischen Gesandten, dem Gouvernement des Königs Victor Emanuel zu erklären, daß die mittel-italienischen Länder die Einverleibung an Piemont durchaus nicht aus Vorliebe für dasselbe, sondern nur aus Abneigung gegen eine andere Großmacht wünschen. Herr Thouvenel ist ein charmanter Mann; aber Höflichkeit scheint nicht seine starke Seite zu sein. Indem er Piemont eine Malice ins Gesicht schleudert, sagt er gleichzeitig Oestreich eine Grobheit. Die Depesche geht darauf zu dem Vorschlag über, den wir bereits seit einigen Tagen aus den Zeitungen kennen. Parma und Modena sollen vollständig unter die Souveränetät Piemonts kommen, die Romagna als päpstliches Lehen ihm übergeben werden, Toscana selbständig bleiben. Dabei drängt sich Einem die Frage auf: Wenn die Annexionsideen jener Länder eine „Manifestation gegen eine Großmacht", keineswegs aber eine wirkliche Zuneigung für Piemont verrathen, weshalb soll nur Toscana allein davor bewahrt werden, dem zu verfallen, zu dem es keine Neigung hat? Wenn diese Motivirung eine stichhaltige wäre, so dürfte entweder keines von den drei Ländern an Piemont annexirt werden, oder die Annexion müßte sich auch auf Toscana ausdehnen. Aber Herr v. Thouvenel fühlt selbst, daß er da einer auf Stelzen gehenden Motivirung sich bedient habe, die allenfalls gut für Piemont ist, bei dem er sich wenig zu geniren hat; England gegenüber fühlt er sich gedrungen, eine andere Motivirung vorzulegen.

In der That sind die Gründe, womit die Nichtannexion Toscana's motivirt wird, ganz anderer Art in der Depesche an den Grafen Persigny in London, als in der an den Fürsten Talleyrand in Turin. In London bedient sich Herr v. Thouvenel folgender wunderbaren Dialektik: die englische Regierung verlangt eine neue Abstimmung in der Form gewöhnlicher Deputirtenwahlen; die französische Regierung verlangt eine neue Abstimmung in der Form des suffrage universel; die provisorische Regierung Toscana's aber hält eine neue Abstimmung durchaus nicht für angemessen, ergo wird gar nicht abgestimmt und Toscana wird als selbständiges Land konstituirt. Es ist uns gewiß willkommen, zu ersehen, daß wenigstens bezüglich Toscana's die Stipulationen des jüngsten Friedensschlusses gehalten werden, aber die logischen Bockssprünge, in welchen sich die französischen Depeschen abmühen, dies in London und Turin zu motiviren, das künstliche Gekräusel von Syllogismen, das man aufbietet, um die politischen Sprünge, die man von gestern auf heute macht, geistreich zu begründen, weil man den geraden Ausspruch scheut: wir haben es uns überlegt und wollen nunmehr den Vertrag von Zürich wenigstens bezüglich Toscana's zur Ausführung bringen, diese Künsteleien, denen man die innere Unwahrheit ansieht, enthalten einen bittren Humor. Wenn die jüngsten französischen Depeschen eine Fülle kleiner geistreicher Einfälle und Ausreden zu Tage fördern, welche die Gewandtheit ihres Autors bekunden, so muß man ihnen andererseits nachsagen, daß sie das Vertrauen zu dem geraden Sinn der französischen Politik mehr als früher abschwächen, weil die kleinen dialektischen Mittel, mit welchen man die „kühnen Griffe" zu motiviren sucht, gar zu kurzathmig und schwindsüchtig sind. Ein gerades: Ich will! ist der Würde eines großen Reiches noch weit angemessener als ein scheinheiliges: Ich muß! „Ich will den Vertrag von Villafranca respektiren, weil ich ihn unterzeichnet habe", dies würde endlich auch vielen ehrlichen Leuten in England gefallen; „ich will Savoyen und Nizza haben, weil ich nicht umsonst Piemont zu Hülfe gezogen bin", dies würde zwar vielen ehrlichen Leuten nicht gefallen, aber es würde ihnen vielleicht imponiren, weil es ein gerades, ohne Hinterhalt ausgesprochenes Wort wäre. Doch dieses Spielen mit Worten und Argumenten, diese Erfindung von Ausreden künstlicher Art macht einen beängstigenden, Mißtrauen erweckenden Eindruck, weil man mit solchen bei den Haaren herbeigezogenen Argumenten Alles motiviren kann.

— [Tagesnotizen.] Der Kaiser hat das Verbot der Verwendung ausländischer Apothekergehülfen in östreichischen Apotheken für die deutschen Bundesstaaten aufgehoben und genehmigt, daß die aus denselben kommenden Apothekergehülfen, wenn sie über die mit gutem Erfolge dort abgelegte Tirocinal- oder eine dieser gleichkommende Prüfung sich auszuweisen vermögen, als Apothekergehülfen in östreichischen Apotheken verwendet werden dürfen, und nur in dem Falle, wenn derlei Gehülfen als Provisoren, Pächter oder Besitzer von Real- oder Personal-Apothekergerechtsamen in Oestreich fungiren wollen, an einer inländischen Lehranstalt vorerst den Magister- oder Doktorgrad der Pharmazie nach den für östreichische Pharmazeuten bestehenden Vorschriften zu erwerben haben. — Die Erzherzogin Sophie hat zur Unterstützung der in Kroatien und Slavonien Nothleidenden einen Beitrag von Eintausend Gulden bewilligt. — Elisabeth Weigl, die Wittwe des pensionirten Hof-Operndirektors, Komponisten der „Schweizerfamilie", starb hier am 26. Febr. in dem Alter von 85 Jahren an Altersschwäche. — Aus Neusatz vom 29. Febr. wird dem „P. Ll." geschrieben: Gestern Nachmittags landete an der Peterwardeiner Seite ein Kriegsschiff, welches den ersten Transport der italienischen, nach der dortigen Festung designirten politischen Gefangenen überbrachte. Es mögen ihrer wohl 40—50 an der Zahl gewesen sein. Nach Landung des Schiffes übergab der mit dem Transporte angekommene k. k. Polizeikommissar die Häftlinge dem Herrn FML. Festungskommandanten, welcher sie sodann in die für dieselben bereit gehaltenen Gefängnisse im sogenannten Hornwerke der Festung abführen ließ. Die Hälfte der Gefangenen gehört der bessern Klasse an und scheinen „Nobili" zu sein, sie erregten bei der zahlreich herbeigeströmten Menschenmenge ein gewisses Interesse; der andere Theil hingegen sieht sehr verwahrlost aus. Es sind unter den Gefangenen noch ganz junge Bursche von 16—20 Jahren. — Die Verhandlungen über Serbien nehmen mit jeder Nachricht, die die Auflösung des Fürsten Milosch wahrscheinlicher macht, an Lebhaftigkeit zu. Daß bereits ein Einverständniß zwischen Oestreich und Rußland in der Angelegenheit dieses Fürstenthums besteht, geht aus dem Umstande hervor, daß Graf Rechberg und Herr v. Balabine regelmäßig die ihnen zugehenden Nachrichten austauschen. — Da die Behörden des Fürstenthums Serbien sich weigerten, die von den kais. östreichischen Gerichten bewilligten Exekutionsakte zu vollziehen, so sind unterm 2. Febr. sämmtliche Gerichte der Monarchie angewiesen worden, im Wege der Reziprozität auch auf von serbischen Gerichten gefällte zivilgerichtliche Erkenntnisse keine Exekution zu ertheilen. — Feldmarschall-Lieutenant Prinz Alexander von Hessen hat sich nach Darmstadt begeben, um seine dort weilende Gemahlin abzuholen, wird in acht Tagen wieder hier eintreffen und sodann nach Italien abgehen.

— [Haussuchungen.] Vorgestern Morgen wurden mehrere Ungarn und Deutsche, welche mit Ungarn in Verbindung stehen, aus den Betten geholt, um der polizeilichen Durchsicht ihrer Papiere beizuwohnen. Es schien auf verbotene Schriften und verdächtige Korrespondenzen gefahndet zu werden. Das Auffallendste dabei ist, daß unter den so Ueberraschten sich auch ein Polizeikommissar befindet, welcher den Fehler hat, ein Magyar zu sein. (N. Z.)

Venedig, 27. Febr. [Karneval; Diebstahl; Standrecht.] Die wenigen Tanzsäle, in denen während der letzten Karnevalszeit hier und da Ballfeste stattfanden, konnten die Tanzlustigen kaum fassen, das Malibrantheater und der Marionettensaal waren stets so überfüllt, daß viele Besucher wegen Mangels an Raum abgewiesen werden mußten, so daß die kühnsten Erwartungen der Unternehmer übertroffen wurden. Und auch jetzt wird das Malibrantheater sehr stark besucht. Heute waren bereits um 12 Uhr Mittags sämmtliche Logen und Sperrsitze vergriffen, trotzdem daß die Schauspielergesellschaft sehr mittelmäßig ist. — Vorgestern wurde wieder ein Diebstahl von 16,000 Fl. in Staatspapieren bei einem hier lebenden sehr wohlhabenden anglikanischen Geistlichen verübt, und zwar zwischen 2—5 Uhr Nachmittags. — In den letzten Tagen der verflossenen Woche hätte die erste Anwendung des wegen Widersetzlichkeit gegen die bewaffnete Macht und Verschwörung gegen die Macht des Staates publizirten Standrechts stattfinden sollen. Zwei Individuen waren nämlich überwiesen worden, sich nebst anderer Verbrechen auch der Verleitung k. k. Soldaten zur Desertion schuldig gemacht zu haben, und sollten erschossen werden, wurden jedoch auf dem Richtplatz von dem das jus gladii et gratiandi besitzenden Obersten begnadigt und in Freiheit gesetzt. Hoffentlich wird dieses Beispiel wohlthätig wirken. (Oestr. Z.)

Baden. Karlsruhe, 5. März. [Landtag und Konkordat.] Die Wahl des Hofrath Buß ist, dem eventuellen Antrag der Minorität der Kommission gemäß, von der Kammer für beanstandet erklärt worden. Buß hatte das Wahlmännerkollegium in einer Weise haranguirt, daß hierin von vielen Seiten eine unstatthafte Beeinflussung der Wahl und ein der Abgeordnetenkandidatur nicht entsprechendes Verhalten erblickt wurde. Hauptsächlich wohl schlug jedoch der Umstand durch, daß die Neuwahl mehrerer durch den Tod 2c. abgegangenen Wahlmänner, unter der Annahme eines stillschweigenden Verzichts der betreffenden Wählerschaften, nicht wieder vorgenommen, somit der Wahlkörper nicht in gesetzlicher Weise ergänzt war. Wenn die Abstimmung über die Wahl des Prototypus der Konkordatsfanatiker einen Anhalt für die Parteistellung in der Konventionsfrage abgeben kann, so wäre gegen die „Uebereinkunft" eine Mehrheit von etwa zwei Drittel zu erwarten. Der Kommissionsbericht der Zweiten Kammer wird im Schooß der Kommission nächsten Dienstag zur Berathung gelangen; er beantragt die Reklamirung der ganzen Uebereinkunft zur ständischen Zustimmung. Die „Badische Landeszeitung" hat in ihrem Eifer gegen das Konkordat und in ihren Attentaten gegen die Gemüthsruhe unserer obersten evangelischen Kirchenbehörde bis jetzt die Schwierigkeiten des Preßgesetzes glücklich vermieden. Dagegen ist dem hauptsächlichen Mitarbeiter und faktischen Redakteur, dem Professor A. Hauser, durch das Ministerium bedeutet worden, jede Betheiligung an dem Blatte sofort abzubrechen. Hauser ist Staatsdiener, somit der disziplinären Gewalt des Ministeriums preisgegeben. Daß dieses von seinen administrativen Befugnissen Gebrauch gemacht hat, dürfte vorzugsweise dem Drängen des schwer herausgeforderten Evangelischen Oberkirchenraths beizumessen sein, der, man kann nicht leugnen, in der jüngsten Zeit nicht eben mit Glück operirt hat. Indessen ist das angewandte Mittel schlecht gewählt, um dem bedrängten Kollegium Ruhe zu verschaffen. Auch die Anstrengungen des Oberkirchenraths, die ihm gewidmeten Artikel in usum des Staatsanwalts unter gewisse, dem Kollegium nicht ganz geläufige Strafgesetze zu subsumiren, sind, wie angedeutet, vergebliche Arbeit gewesen. (Pr. Z.)

Frankfurt a. M., 5. März. [Die Revision der Bundeskriegsverfassung.] Die preußische Denkschrift vom 14. Februar zur Revisionsfrage der Kriegsverfassung hat die Ueberzeugung, daß das Berliner Kabinet in dieser Angelegenheit ganz innerhalb der Bundesverfassung sich bewegen werde, hier befestigt und die Gegner der preußischen Auffassung, in deren Interesse es liegt, Preußen als den entschiedensten Feind des Bundes darzustellen, augenblicklich in Verlegenheit gesetzt. Der hannoverschen Depesche in dieser Angelegenheit ist hier wenig Beachtung geschenkt, da sie nur für eine Umschreibung der Arbeit des Hrn. v. Beust gelten kann. Daß die preußische Forderung den Zusammenhalt des Bundes entschieden wahren will, ergiebt wohl am deutlichsten das Verlangen, ein Gesetz durch Bundesbeschluß zu beseitigen, welches im Augenblicke der Gefahr durch die Gewalt der Verhältnisse bei Seite geschoben wird. Ein Vertrag, welcher von den Paziszenten Unmögliches fordert, wird nicht ausgeführt. In der Militärkommission scheint der Einfluß Oestreichs eine gemäßigtere Haltung herbeigeführt zu haben, wenigstens hat sie die Absicht, einen andern Referenten statt des preußischen Militärbevollmächtigten zu wählen, obgleich der Bund dessen Ansicht über die Revision der gesammten Kriegsverfassung bestimmte, aufgegeben; vielleicht ist sie auch an der Neuwahl durch die Ueberreichung der Arbeit des preußischen Bevollmächtigten verhindert worden. Die Vertreter der Bamberger Regierungen sollen freilich anfangs die Annahme des Referats verweigert haben, weil ihnen der Bundesbeschluß noch nicht offiziell mitgetheilt sei, aber bereits in den hiesigen Zeitungen zu lesen war. So wird denn trotz kleinlicher Machinationen das preußische Referat in der Bundesversammlung zur Erörterung gelangen müssen, und da es sämmtlichen deutschen Regierungen zur Instruktionseinholung überschickt wird, wohl auch in die Oeffentlichkeit gelangen. (Sp. Z.)

Sächs. Herzogth. Gotha, 4. März. [Preßprozeß.] Gestern Mittag wurden auf Befehl der Staatsanwaltschaft die noch vorräthigen Nummern des hiesigen Tageblatts vom 15. v. M. polizeilich in der Expedition des Blattes mit Beschlag belegt. Die betreffende Nummer erhielt einen Schmähartikel der „Times" über den Kaiser Franz Joseph von Oestreich, und es soll wegen Abdruck dieses „eine feindselige Haltung gegen den östreichischen Monarchen enthaltenden" Artikels auf Grund einer Requisition Anklage gegen den Redakteur des Tageblattes erhoben werden. (N. P. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 4. März. [Preßstimmen zur savoyischen Frage.] Die „Saturday Review" schreibt: „Preußen ist bei der Einverleibung Savoyens in so viel höherem Grade interessirt, als irgend eine andere Macht, daß alle Welt neugierig darauf sein wird, wie es diesen seinem Muthe hingeworfenen Handschuh aufnehmen wird. Der Kaiser spricht laut von seinen friedlichen Gesinnungen, von der Reduktion seines Heeres und von den guten Zeiten, die da kommen sollen. Für den Augenblick mag diese friedliche Sprache wahr sein. Kann er nur Savoyen einverleiben, kann er es erst einmal dahin bringen, daß man sich das Prinzip, kraft dessen Frankreich seine natürlichen Grenzen beansprucht, gefallen läßt, so darf er sich schon sehr glücklich schätzen, mit so wenig Mühe so viel erlangt zu haben. Preußen wird aber dann auch wissen, daß man ein Experiment mit seiner Geduld, und zwar ein glückliches Experiment, gemacht hat. Es wird sich den Anfang des großen Prozesses, die Plane der Fürsehung zu verwirklichen und die Grenzen Frankreichs in Einklang mit der Natur zu bringen, haben gefallen lassen. Es muß zu der Erkenntniß gelangen, daß es der große Störer des vom Himmel begünstigten Territorialplanes ist und daß es die Gottlosigkeit hat, einen großen Theil des französi-

schen Rheinufers zu besitzen. Es wird bald seine Ruchlosigkeit vertheidigen oder die Rheinprovinz aufgeben müssen. Es kann sich, wenn es ihm beliebt, der Einverleibung Savoyens widersetzen und alle beim Wiener Vertrage betheiligten Mächte zur Unterstützung auffordern. Wenn es nicht wagt, das zu thun, so muß es sich sofort für die Zukunft rüsten und den bestmöglichen Widerstand organisiren, um der Krisis gewachsen zu sein, wenn uneigennützige Politik ihr lüsternes Auge auf preußisches Gebiet wirft. Zum Glück ist England seine Bahn vollkommen klar vorgezeichnet. Es hat die Pflicht, einen unzweideutigen und entschiedenen Protest einzulegen und darin zu sagen, daß es „in seinem Billigkeitsgefühl" das Recht Frankreichs, Savoyen wegzunehmen, nicht zu begreifen vermag. Wird es von den anderen Mitkontrahenten des großen europäischen Abkommens um aktiven Beistand angegangen, so darf es, wenn es an die Frage herantritt, durch keinerlei Frankreich gegenüber abgegebenes Versprechen passiven Zusehens gebunden sein. Wir müssen uns vollkommen freie Hand lassen, um so handeln zu können, wie es uns Ehre, Pflicht und Interesse gebieten. Wir brauchen wohl kaum zu sagen, daß wir nichts damit zu thun haben können, eine königliche Puppe in Toscana auf den Thron zu setzen. Wenn es den Toscanern um Selbständigkeit zu thun ist, so haben wir nichts dagegen; aber wir können uns auch nicht im Entferntesten bei irgend einem Plane betheiligen, der ihnen die Unabhängigkeit aufnöthigen will." Der „Economist" sagt über die Abtretung Savoyens: „England, so sehr es auch wünscht, im friedlichen Einvernehmen mit Frankreich fortzuleben, wird doch niemals in ein Abkommen willigen, welches die französische Habsucht nur noch mehr anstacheln würde, während die italienischen Hoffnungen eine grausame Täuschung dadurch erlitten." Der „Examiner" äußert mit Bezug auf die Thronrede: „Selbst wenn der Friede mit der italienischen Politik des Kaisers, wie sie in der Rede entwickelt wird, vereinbarlich wäre, so ist das Vertrauen doch sicherlich unverträglich mit ihr."

— [Die englische Presse über die französische Thronrede.] Die französische Thronrede hat die Besorgniß Englands vor den französischen Einverleibungsplänen noch gesteigert. Sie hat im Publikum und unter den Mitgliedern des Parlaments einen sehr unangenehmen Eindruck hervorgebracht. Dasselbe gilt von der Presse, selbst von solchen Journalen, die es in der letzten Zeit für angemessen hielten, vieles Bedenkliche, was man aus Frankreich erfuhr, äußerst mild zu beurtheilen. So z. B. „Daily News". Dieses Blatt spottet über die Friedensversicherungen der Rede, es nennt dieselbe ein Gemisch von Schmeicheleien und Drohungen, es prophezeit eine Koalition Europa's und protestirt im Namen Englands dagegen, sich, als Lohn für geleistete Dienste, zum Schiedsrichter Italiens aufwerfen zu wollen. Die „Times" giebt mehr eine Analyse als eine Kritik der Rede, aber in einer Weise, die nicht zu ihren Gunsten gedeutet werden kann. Auch die „Morning Post" hat sich eines Andern besonnen und macht zum ersten Male Vorstellungen gegen die Einverleibung Savoyens in Frankreich. Erst wenn Sardinien ganz Mittel-Italien einverleibt hätte, bemerkt sie, wenn es Venedig absorbirt, den Süden der Halbinsel an sich gezogen hätte, mit Einem Worte: wenn Italien wirklich ein großer, mächtiger Einheitsstaat geworden wäre, dann könnte Frankreich zu seiner Sicherheit Savoyen in Anspruch nehmen; aber so lange es nicht so weit gekommen, sei diese Einverleibungsforderung geradezu absurd. „Es ist lächerlich", sagt die „Morning Post", „die Vergrößerung Piemonts als eine Drohung gegen Frankreich darzustellen. Piemont würde es theuer bezahlen, wenn es die Berge, die ihm als Festungen dienen, gegen die fruchtbaren Ebenen des Mincio austauschte." Der „Morning Herald" bemerkt, daß der Kaiser, indem er zwar seine Befriedigung über seine guten Beziehungen mit den Mächten ausdrücke, sich nicht scheue, eine aggressive Politik zu formuliren, indem er von der Ausdehnung der Grenzen Frankreichs spreche. Der Kaiser möge nicht muthwillig alle Mächte Europa's zu einer Koalition drängen; wohl seien die Gelüste auf Savoyen danach angethan, eine solche zu veranlassen. Der Zweifel an die Aufrichtigkeit der kaiserlichen Friedensversicherungen sei durch die Rede, statt beschwichtigt zu werden, bedeutend verstärkt worden. Die „Morning Chronicle" allein lobt die Rede durchaus. Dieses Blatt kommt auch wieder darauf zurück, daß seine Mittheilung über den östreichisch-russischen Vertrag trotz aller Ableugnungen doch vollkommen richtig gewesen sei. Der Traktat „habe zur Unterzeichnung bereit gelegen" und „wäre gewiß unterzeichnet worden, hätte sie („Morning Chronicle") dies nicht durch ihre entschiedene Haltung vereitelt." Dank dieser entschiedenen Haltung habe der Vertrag sich einige Modifikationen gefallen lassen müssen. Und dergleichen druckt die „Chronicle" mit fetter Schrift an der Spitze ihrer Leitartikel. Der „Globe" urtheilt über die Rede des Kaisers Napoleon im Wesentlichen so wie „Morning Herald", „Daily News", „Morning Advertiser" und andere ministerielle und Oppositionsblätter, nur drückt er sich sehr höflich aus; die Rede sei, mit Ausnahme der Stelle über den Handelsvertrag, leider nicht sehr beruhigend. Bisher hatte der „Globe" die Annexionslust einigen überlauten Bonapartisten, die man nicht mit dem Kaiser verwechseln dürfe, zugeschrieben. Sein Pariser Korrespondent, der beharrlich die Annexion voraussagte und rechtfertigte, ruft jetzt wie über eine vollendete Thatsache triumphirend: „Der Name Savoyen ist von der Landkarte Europa's gewischt; die Departements von Chambery und Mont Blanc bleiben allein davon übrig!"

Frankreich.

Paris, 4. März. [Zwei französische Noten zur italienischen Frage.] Der gestrige „Moniteur" bringt den Wortlaut zweier Depeschen (s. den telegraphischen Auszug in Nr. 55), welche der Minister Thouvenel an die französischen Gesandten in Turin und London gerichtet hat. Die erstere lautet, wie folgt:

An den Baron v. Talleyrand in Turin. Paris, 24. Februar 1860. Ich habe die Ehre, Ihnen beifolgend Abschrift der Depesche zu übersenden, die ich an den kaiserlichen Gesandten in London gerichtet, worin ich ihn von der Ansicht der Regierung Sr. Majestät über die Antwort des Wiener Kabinets auf unsere letzten Eröffnungen in Kenntniß setzte und ihm den, wie ich glaube, besten Weg angedeutet habe, der zu befolgen sei, um allen Verantwortlichkeiten zu entgehen, ohne Jemandem die gebührende Freiheit des Handels zu rauben, so wie auch, um aus einer Lage herauszukommen, welche alsbald gefährlich werden dürfte, wie sie wirr ist, wenn sie sich selber und dem Ungefähr der Zwischenfälle überlassen würde. Der Augenblick ist daher für Jedermann gekommen, sich mit vollkommenem Freimuth auszusprechen, und ich will Ihnen heute unumwunden die Ansicht der kaiserlichen Regierung darlegen, damit das Turiner Kabinet das ihm zustehende Maaß, um sein eigenes Verfahren Angesichts der so wichtigen, und ich kann hinzufügen, so feierlichen Konjekturen zu bemessen, selber beurtheilen möge. Einerseits dahin zu wirken, daß die Ergebnisse des Krieges nicht in Italien selbst gefährdet werden, andererseits aber, zu erlangen, daß dieselben in einer mehr oder minder nahe bevorstehenden Zukunft durch die offizielle Zustimmung Europas bestätigt werden, oder mit anderen Worten: den Verwickelungen vorzubeugen, wodurch die Halbinsel der Anarchie anheimgegeben würde, und einen dauerhaften Stand der Dinge dadurch herbeizuführen, daß man dieselben so viel wie möglich unter den Schutz des Völkerrechts stellt, das ist das zwiefache Ziel, das wir nie aus den Augen verloren haben und das wir endlich unter Mitwirkung Sardiniens zu erreichen wünschen. Das Turiner Kabinet kann zur Lösung dieser Aufgabe sich uns anschließen, und der Erfolg würde aller Wahrscheinlichkeit nach gesichert sein; es steht ihm imgleichen frei, einen verschiedenen Weg einzuschlagen; aber die allgemeinen Interessen Frankreichs werden der kaiserlichen Regierung nicht gestatten, ihm darauf zu folgen, und die Ehrlichkeit befiehlt uns, dieses auszusprechen. Unter diesen beiden Systemen hat die Regierung Sr. sardinischen Majestät eine Wahl zu treffen, die ich Punkt für Punkt mit Ihnen durchgehen will. Ich hege das Vertrauen, daß, wenn sich das Turiner Kabinet entschlossen zeigt, die Organisation, welche ein Theil Italiens sich zu ertheilen berufen ist, als eine solche, die den Anfang eines geschichtlichen Zeitraumes bezeichnet, für dessen Dauer wegen der Bedingungen der Ordnung und des Friedens im Voraus kein Abschnitt festgestellt wurde, zu betrachten und Jedermann als eine solche darzustellen, viele Hindernisse durch den natürlichen Verlauf der Dinge selbst werden beseitigt werden. Damit diese Organisation in Aller Augen einen solchen Charakter annehme, ist es nöthig, daß dieselbe nicht im Keime die Elemente einer möglichen und wahrscheinlichen Unordnung entweder in ihrem eigenen Schooße oder in ihren Beziehungen zum Auslande erhalte. Die kaiserliche Regierung ist ihrerseits tief durchdrungen von der Ueberzeugung, daß eine und dieselbe Ursache sowohl die eine wie die andere dieser Folgen nach sich ziehen würde, und daß dieselbe sich unfehlbar von dem Tage an fühlbar machen würde, wo das Turiner Kabinet sich in ein Unternehmen einließe, welches mit seinen regelmäßigen Mitteln des Einflusses und der Thatkraft in keinem Verhältnisse steht. Wollte Sardinien namentlich sein Gebiet zu sehr ausdehnen, so würde die Verschmelzungsarbeit, welche es vorzunehmen hat, auf Hindernisse stoßen, die es sich gewiß nicht verhehlen darf. Es wird sich in der That minder mächtig und besonders weniger frei in seinen Beschlüssen sehen, es wird fortgerissen werden, nicht mehr leiten, und der Impuls, der während der letzten Jahre Sardiniens Stärke war und ihm Erfolg verlieh, wird seinen Ausgangspunkt nicht mehr in Turin haben. Nicht in dem Augenblicke, wo die Geschicke der Halbinsel am Vorabende ihrer Entscheidung auf immer stehen, würde die kaiserliche Regierung Anstand nehmen, sich mit einer Freimüthigkeit auszusprechen, die übrigens ihre lebhafte Theilnahme für einen befreundeten und verbündeten Hof beweist; wir sprechen es daher unverholen aus, daß das Gefühl, welches in gewissen Theilen Italiens der Gedanke der Einverleibung hervorgerufen und zur Kundgebung des Wunsches nach einer solchen geführt hat, eher eine gegen eine Großmacht gerichtete Kundgebung als eine wohlüberlegte Hinneigung zu Sardinien ist. Dieses Gefühl wird, wenn ihm nicht von Anfang an Einhalt geschieht, alsbald in Forderungen an den Tag treten, deren Bekämpfung dem Turiner Kabinet die Klugheit anräth. Wie lange könnte es dauern, bis man ihm heftig vorwürfe, es verleugne und verrathe die Sache, um derentwillen es einzig und allein vergrößert und ausgerüstet worden sei? Kein Mensch weiß es, und die Wahrscheinlichkeit liegt vor, daß es zwei gleich sehr bedauernswerthen Eventualitäten ausgesetzt sein würde: dem Kriege und der Revolution. Wer Alles in der festen Absicht berechnet, um unter allen Lösungen diejenige herauszufinden, welche sich am besten mit den dringenden Verhältnissen des jetzigen Augenblicks und mit den Erfordernissen einer ruhigeren Zukunft verträgt, der gelangt zu der Ueberzeugung, daß es hohe Zeit ist, bei einer Lösung Halt zu machen, die sich der Genehmigung Europas mit einer Aussicht auf Annahme unterbreiten ließe, und bei der Sardinien die volle Ausübung des normalen Einflusses, den es auf der Halbinsel auszuüben berechtigt ist, belassen bliebe. Diese Kombination wäre nach der wohlerwogenen Ansicht der kaiserlichen Regierung die folgende: 1) vollständige Einverleibung der Herzogthümer Parma und Modena in Sardinien; 2) weltliche Verwaltung der Legationen der Romagna, Ferrara's und Bologna's in Gestalt eines von Sr. sardinischen Majestät im Namen des heiligen Stuhles ausgeübten Vikariats; 3) Wiederherstellung des Großherzogthums Toscana in seiner politischen und territorialen Selbständigkeit.

Bei dieser Ausgleichung wäre die auf die Lombardei und auf die Herzogthümer Parma und Modena beschränkte Verschmelzung keine Arbeit mehr, der Sardinien nothgedrungen alle seine Bemuhungen ausschließlich widmen müßte; das Turiner Kabinet behielte seine Freiheit zum Handeln und könnte dieselbe seinerseits auch zur Befestigung der Ruhe in Italien verwenden, während es die zu den Erbbesitzungen des Königs Victor Emanuel hinzugeschlagenen Gebiete auf fester Grundlage in ein wohlgefügtes Königreich organisirte. Das Vikariat vertrüge sich sowohl mit dem Munizipalgeiste, der in der Romagna jahrhundertalte Ueberlieferung ist, wie mit dem natürlichen Einflusse, den die zur Beherrscherin des größten Theiles von dem Stromgebiete des Po gewordene Macht auszuüben wünschen muß. Diese Art der Vereinbarung böte noch den Vortheil, daß sie Sardinien die Stellung verbürgte, deren es, vom politischen Standpunkte aus ins Auge gefaßt, nothwendig bedarf, daß sie in administrativer Beziehung den Legationen Genüge leistete und, vom katholischen Standpunkte aus betrachtet, einen Mittelweg zu Stande brächte, der, wie wir hoffen, zuletzt die Bedenken und die Gewissen beschwichtigen würde. Dieses Ergebniß dürfte Frankreich nicht gleichgültig sein, weil es im Prinzipe eine radikale und ohne Ausgleichung erfolgende Zerstückelung der Staaten des heiligen Vaters nicht anerkennen könnte; dasselbe darf aber noch weniger Sardinien gleichgültig sein. Wir werden nichts verabsäumen, damit die übrigen Mächte, welche über die Unmöglichkeit aufgeklärt sind, die frühere Ordnung der Dinge vollständig wieder herzustellen und den Anforderungen der gegenwärtigen keine Rechnung zu tragen, sich mit uns bemühen, dem Papste begreiflich zu machen, daß diese aus freien Stücken angenommene Kombination alle wesentlichen Rechte des heiligen Stuhles gewährleisten würde. Was ich über die Nothwendigkeit bemerkt habe, den Gefahren vorzubeugen, denen Sardinien sich aussetzen würde, wenn es anderen Vergrößerungen nachtrachtete, findet noch wesentlicher auf Toscana seine Anwendung. Die Idee der Einverleibung des Großherzogthums, d. h. die Verschmelzung eines mit einer so herrlichen und so edlen Geschichte ausgestatteten und bisher mit seinen Ueberlieferungen so innig verwachsenen Landes, mit einem anderen Staate kann sicherlich nur einem Streben entsprungen sein, dessen Gefahr die kaiserliche Regierung unmöglich verkennen kann, und daß sie weit entfernt ist, als von der Masse der Bevölkerung getheilt zu betrachten. Dieses Streben, darüber darf man sich nicht täuschen, welches gegenwärtig auch, wie ich nicht zweifle, die korrekten Absichten der sardinischen Regierung sein mögen, giebt von Seiten derjenigen, die sich darauf eingelassen, einem Hintergedanken an einen Krieg gegen Oestreich zur Eroberung Venetiens Raum, so wie einem Hintergedanken, wenn auch nicht an Revolution, so doch mindestens an Bedrohung der Ruhe der Staaten des heiligen Stuhles und des Königreiches beider Sicilien. Die öffentliche Meinung würde sich weder in Italien noch anderwärts darüber täuschen, und die Fragen, um deren Austragung es sich handelt, würden mit neuer Heftigkeit wieder zum Vorschein kommen. Ohne sich die Schwierigkeiten zu verhehlen, die noch zu heben blieben, um den Sieg der Lösung herbeizuführen, welcher, wenn das Turiner Kabinet dazu seinen Beitritt erklärte, die kaiserliche Regierung ihre nachdrücklichsten und ausdauerndsten Anstrengungen widmen würde, hegt dieselbe das Vertrauen, daß diese Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sein würden. Ueberdies würde die Regierung Sr. Majestät in der Gewißheit, daß sie auf einer Basis operire, die geeignet wäre, Frankreich und Sardinien vollständig zu genügen, Italien auf einen langen Zeitraum zu beruhigen und endlich keines der Interessen, die Europa das Recht und die Verpflichtung hat, unter seinen moralischen Schutz zu stellen, zu stark zu verletzen, nicht nur kein Bedenken tragen, die Verpflichtung einzugehen, die Vertheidigung einer solchen Kombination in einer Konferenz oder auf einem Kongresse zu übernehmen, sondern sie würde dieselbe zugleich als eine solche verkündigen, die ihrer Ansicht nach für eine auswärtige Intervention unantastbar sei. In diesem Falle würde Sardinien also die Gewißheit haben, daß es uns zur Seite und hinter sich hätte. Sie sind ermächtigt, das dem Grafen Cavour ausdrücklich zu erklären. Bedarf es nunmehr noch länger Einzelheiten, um darzulegen, welche Haltung wir einzunehmen haben, wenn das Turiner Kabinet, das frei in seinen Beschlüssen ist, es vorziehen sollte, sich auf alle diejenigen Gefahren einzulassen, die ich angedeutet habe, indem ich es beschwor, denselben auszuweichen? Die Hypothese, wo die Regierung Seiner sardinischen Majestät nur auf ihre eigenen Kräfte zu zählen haben würde, erörtert sich gewissermaßen von selbst, und es wäre mir peinlich, mich näher darauf einlassen zu müssen. Ich beschränke mich deshalb darauf, Ihnen auf Befehl des Kaisers mitzutheilen, daß wir um keinen Preis uns dazu verstehen werden, die Verantwortlichkeit für eine solche Lage zu übernehmen. Welche Sympathien für Italien und insbesondere für Sardinien, das sein Blut mit dem unsrigen vermischt hat, auch Se. Majestät hegen möge, so würde der Kaiser doch unbedenklich seinen festen und unwiderruflichen Entschluß kundgeben, daß er die Interessen Frankreichs zur alleinigen Richtschnur seiner Verfahrungsweise nehme. Gefährliche Illusionen vernichten, wie ich dem Herrn Grafen v. Persigny bereits bemerkt habe, heißt nicht mißbräuchlich die Anwendung beschränken, welche Sardinien und Italien von der Freiheit etwa machen könnten, zu deren Erringung ihnen hülfreiche Hand geleistet zu haben, wir uns stets zur Ehre anrechnen werden, und wofür schließlich auch die letzten Erklärungen, welche die kaiserliche Regierung vom Wiener Hofe erlangt hat, Zeugniß ablegen; es heißt ganz einfach, ich wiederhole es, die Unabhängigkeit unserer Politik wieder in Anspruch nehmen und dieselbe vor Verwickelungen sicher stellen, die wir nicht zu entwirren haben werden, wenn unsere Rathschläge zur Vorbeugung derselben erfolglos blieben. Ich will diese Depesche nicht schließen, ohne Ihnen noch einige Andeutungen über Savoyen und die Grafschaft Nizza zu ertheilen. Die kaiserliche Regierung hat die verfrühte und ungelegene Diskussion dieser Frage, welche in den Zeitungen erhoben wurde, mit Bedauern gesehen; aber sie könnte dieselbe unmöglich als den Ausdruck einer Ansicht betrachten, die täglich festere Wurzeln faßt, und die sie in Anschlag bringen muß. Geschichtliche Ueberlieferungen, an die nicht weiter erinnert zu werden braucht, haben die Idee begründet, daß die Bildung eines mächtigeren Staates am Fuße der Alpen unseren Interessen nachtheilig sein würde, und obschon bei der in dieser Depesche erörterten Kombination die Einverleibung aller mittelitalienischen Staaten in Sardinien nicht vollständig würde, so ist es doch gewiß, daß dieselbe, vom Standpunkte der auswärtigen Beziehungen aus betrachtet, in Wirklichkeit zu einem ganz ähnlichen Ergebnisse führen würde. Diese Voraussichten, so fern dieselben gewiß auch noch liegen, verlangen die nämlichen Bürgschaften, und der Besitz von Savoyen und der Grafschaft Nizza stellt sich uns, vorbehaltlich der Interessen der Schweiz, die wir stets in Erwägung zu ziehen wünschen, bei dieser Hypothese als eine geographische Nothwendigkeit zur Sicherheit für unsere Grenzen dar. Sie werden deshalb auf diesen Punkt die Aufmerksamkeit des Herrn Grafen Cavour hinlenken müssen, aber erklären Sie ihm zugleich, daß wir dem Willen der Bevölkerungen keinen Zwang anlegen wollen, und daß die Kaiserliche Regierung außerdem nicht ermangeln würde, wenn der geeignete Moment ihr gekommen zu sein schiene, vorgängig die Großmächte Europa's zu Rathe zu ziehen, um einer falschen Auslegung der Gründe, durch welche ihr Verfahren geleitet wird, vorzubeugen. Lesen Sie gefälligst diese Depesche dem Herrn Grafen von Cavour vor und stellen Sie ihm Abschrift davon zu. Thouvenel.

An den Grafen v. Persigny in London. Paris, 24. Februar 1860. Ich habe schon die Ehre gehabt, Ihnen die beiden Depeschen zu übersenden, die der Graf Rechberg an den Fürsten Metternich gerichtet hat, und welche die Antwort des Wiener Kabinets auf die Erklärungen enthalten, mit denen ich auf Befehl des Kaisers die Mittheilung der von der Regierung Ihrer großbritannischen Majestät ausgegangenen Vorschläge begleitet hatte. Ich habe mich enthalten, mit dem Gesandten Oestreichs auf Urtheile zurückzukommen, deren Aufrichtigkeit ich in keiner Hinsicht bestreite, die sich aber doch zu weit von unsrer Auffassungsweise entfernen, als daß es nicht nützlich wäre, ihre Berichtigung zu versuchen. Ich habe es vorgezogen, den Gesinnungen der Mäßigkeit sofort Ehre widerfahren zu lassen, welche den Grafen Rechberg beseelten, als er, um die von mir gebrauchten Worte zu wiederholen, erklärte, daß, „wenn er die Meinungsverschiedenheit unserer beiden Höfe über den praktischen Werth der von John Russell angeregten Kombination beklage, er sich doch der Hoffnung anschlösse, die ich damit ausgedrückt hatte, daß, wenn die Verschiedenheit der Grundsätze möglicher- und mitunter nothwendigerweise zu verschiedenen Beurtheilungen führe, daraus doch nicht, sobald nur die Ehre beider Theile ungeschädigt sei, unheilvolle und von Frankreichs und Oesteeichs Absichten so fern liegende Konflikte hevorzugehen brauchten." Obschon diese Erklärung mit der Versicherung verbunden war, daß Oestreich den Gründen Rechnung tragen werde, welche die beiden Mächte bestimmten, von einer bewaffneten Intervention in Mittel-Italien Abstand zu nehmen, so schloß sie zwar, ich erkenne es an, jede Zustimmung des Wiener Kabinets zu der Anwendung aus, welche wir von der uns von ihm zugestandenen Ausdehnung machen können; aber es ging daraus hervor, und ich habe es dem Fürsten Metternich bemerklich gemacht, daß nichts an der Richtigkeit meiner Beweisführung ausgesetzt worden, daß die Regierung des Kaisers jetzt die Befugniß hat, den vierten der Vorschläge des ersten Staatssekretärs Ihrer britischen Majestät zu prüfen, namentlich mit einer Freiheit, die sie nicht in demselben Grade vor dem Austausche dieser Erklärungen besaß, die Art und Weise der Lösung erörtern könne, die jener Vorschlag enthält. Diese Lösung verträgt sich nicht mit den Prinzipien, welche die Grundlage unserer Institutionen bilden, und wie ich Ihnen unter dem 30. v. Mts. zu schreiben die Ehre hatte, würden wir keine Ursache haben, deren wirksame Anwendung auf andere Länder zu bestreiten. Wir erkennen es andrerseits an, daß der Wunsch der Völker sich in den Angelegenheiten Italiens mit einer großen Autorität offenbart hat, und dieser Wunsch ist es, den wir selbst in Erwägung genommen haben, als wir Oestreich ehrlich die nach unsrer Ansicht unübersteiglichen Schwierigkeiten bemerklich machten, auf welche die buchstäbliche Ausführung der Stipulationen von Villafranca und Zürich stoßen würde. Was ist bei diesem Stande der Dinge der Zweck, oder vielmehr, was würde der Erfolg des Vorschlags des Londoner Kabinets sein? Ein neuer Ausdruck dieses Wunsches mit Frankreichs und Englands Zustimmung, und zwar so, daß diese Kundgebung von der vorläufigen Einwilligung dieser beiden Mächte eine gewissermaßen reguläre und gesetzliche Kraft erhielte. Die Regierung des Kaisers hat die Situation trefflich geprüft, in die sie durch diese Eventualität kommen würde, und ist überzeugt geblieben, daß es ihr nur gelingen könne, der moralischen Verantwortlichkeit entbunden zu werden, wenn der Grundsatz des allgemeinen Stimmrechtes, der ihre eigene, gesetzliche Grundlage bildet, auch die Grundlage der neuen Ordnung der Dinge in Italien würde. Auf jedem andern Boden würde die Betheiligung Frankreichs eine offenbare Inkonsequenz sein, die sich seine Regierung nicht zu Schulden kommen lassen kann. Was wir nun als eine absolute Nothwendigkeit zu betrachten verpflichtet sind, das nimmt England, ohne sich dem zu widersetzen, daß die in Mittel-Italien faktisch bestehenden Regierungen es auch anerkennen, Anstand, ihnen anzurathen. Wir wissen übrigens, daß diese Regierungen sich nur mit einem gewissen Widerstreben zu einer neuen Kundgebung verstehen würden, die sie für unnütz halten und für geeignet, den Werth und die Aufrichtigkeit der früheren Kundgebungen zu vedächtigen. Die eben von mir angedeuteten Erwägungen setzen uns in die Nothwendigkeit, mit Sorgfalt die Folgen zu erwägen, die unsre Einwilligung ohne Vorbehalt in den Vorschlag Englands für uns haben kann. In unseren Augen kann allein kein bestimmter Modus die Eigenschaft haben, ein neues Prinzip der Dauer und und Ordnung an die Stelle eines andern zu setzen, welches durch die Zeit und die Achtung der Völker geheiligt war; aber wenn wir das Recht und die Pflicht haben, für uns selbst die freie Ausübung unserer Lehren in Anspruch zu nehmen, so wissen wir uns doch keineswegs berechtigt, sie auch Anderen vorzuschreiben; wir halten es im Gegentheil für eine nicht minder gebieterische Pflicht, den Anderen die Freiheit wie die Verantwortlichkeit für ihre eigenen Meinungen und Handlungen zu überlassen. Ich füge noch hinzu, daß das Einvernehmen, welches wir zwischen uns und der Regierung Ihrer britischen Majestät aufrecht zu erhalten lebhaft wünschen, uns nicht würde hindern können, zu konstatiren, daß die beiderseitigen Stellungen nicht genau dieselben sind. In der That, uns hat der Gang der Ereignisse im letzten Jahre in die Nothwendigkeit versetzt, die Last eines Krieges zu tragen. England dagegen hat, ohne seinen Interessen zu schaden, in einer abwartenden Stellung verharren können. Gott verhüte, daß ich verlange, England solle sich gegen die glücklichen oder unglücklichen Resultate des Versuches gleichgültig zeigen, an welchem es uns einladet Theil zu nehmen. Aber ich werde nichts sagen, was nicht der Natur der Dinge entspräche, wenn ich als Satz aufstelle, daß, falls dieser Versuch entweder in Italien selbst scheitern oder eine europäische Krisis verursachen sollte, England immer die freie Wahl behält, sich auf den Standpunkt einfacher Beobachtung zurückzuziehen. Gewißlich würde eine solche Rolle Frankreich weniger leicht sein; und wir haben das Recht, ohne uns den Wünschen Mittel-Italiens zu widersetzen, noch weniger eine uns passend erscheinende Lösung diktiren zu wollen, wir haben das Recht, sage ich, uns weit mehr, als England es nöthig hat, um die Elemente der innern Ordnung und des äußern Friedens zu bekümmern, die in den verschiedenen Lösungen einer heute alle Gemüther in Spannung haltenden Frage enthalten sind. Die Regierung des Kaisers glaubt auf Grund geleisteter Dienste wie auf Grund von Interessen, die nicht ausschließlich die ihrigen sind, Sardinien einige Rathschläge ertheilen zu dürfen, und ihre Aufrichtigkeit gebietet ihr, das Maaß der Unterstützung in irgend einer Weise zu bezeichnen, welche sie ihm bei dieser oder jener Kombination würde gewähren können. Die Illusionen würden in einer so wichtigen Sache gefährlich für Italien und kompromitirend für Frankreich sein; sie zerstreuen, heißt nicht, der Freiheit Italiens Zwang anthun wollen, heißt einfach, für Frankeich seine Freiheit in Anspruch nehmen und zuvörderst sein Handeln frei machen, im Hinblick auf Eventualitäten, in denen seine Interessen ihm gebieterisch vorschreiben würden, sich von Verwickelungen fern zu halten, welche es einer befreundeten Nation vergebens hatte ersparen wollen. Die Regierung des Kaisers hält es daher für nothwendig, sich in aller Offenheit mit dem Turiner Kabinet auseinanderzusetzen, dessen ernsthafteste Aufmerksamkeit auf die Folgen des im Uebrigen ihm ganz freigestellten Verfahrens zu lenken und ihm gewissermaaßen die Wahl zwischen zwei Systemen zu lassen. Zu diesem Zwecke

richte ich an den Herrn Baron v. Talleyrand eine Depesche, von welcher Sie hierbei eine Abschrift erhalten, die ich Sie ermächtige, dem Lord John Russell gleichzeitig mit dieser hier vorzulesen. Genehmigen Sie 2c. Thouvenel.

— [Tagesnotizen.] Der „Moniteur" giebt heute den Ertrag der Subskription für die italienische Armee auf 6,040,277 Fr. 33 C. an, wovon 5,762,947 Fr. 75 C. zum Ankauf von 250,000 Fr. 3proz. Rente verwandt worden sind. Die Zahl der Unterstützungsgesuche beläuft sich auf 6675. — Die als Senatsmitglieder zur Session hier eingetroffenen Kardinäle-Erzbischöfe haben im Luxembourg Petitionen ihrer Erzdiözesanen zu Gunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes niedergelegt. — Der Staatsrath Greterin, Generaldirektor der Zölle und indirekten Steuern, ist zum Senator ernannt worden. — Man spricht von der unverzüglichen Einberufung sämmtlicher zur Reserve beurlaubter Soldaten. — In Chalons soll ein Lager von 60,000 Mann gebildet werden. — Baron Gros ist nun auch von französischer Seite wieder zum Bevollmächtigten für China ernannt, wie es heißt, auf besonderes Ansuchen von Lord Elgin, der ihn gern zum zweiten Male zum Kollegen hätte. — Dieses Jahr wird, auf Verfügung des Kaisers, zum ersten Male der kaiserliche Prinz in den Armeealmanach in seiner doppelten Eigenschaft als Inhaber des Großbandes der Ehrenlegion und als Korporal im ersten Garde-Grenadierregiment eingetragen werden. — Man spricht hier viel von der in Florenz entdeckten Restaurationsverschwörung, die mit einer in Paris organisirten Gesellschaft verzweigt gewesen sein soll.

— [Frankreichs Stellung zur italienischen Frage.] Alles, was mit der italienischen Unabhängigkeitspartei zusammenhängt, hält eine vernünftige Entscheidung nur durch einen neuen Krieg für möglich. Zunächst wäre zu bemerken, daß die Situation der vom Monat Oktober vorigen Jahres nicht unähnlich ist. Damals zeigte eine vom Grafen Walewski nach Turin abgegangene Depesche vom 13. Oktober, die bisher nicht veröffentlicht worden ist, der piemontesischen Regierung an, daß der Kaiser ein- für allemal mit der revolutionären und auf Ausbreitung gemünzten Politik breche. Dieselbe Depesche deutet das in Zukunft zu befolgende Programm an. Dieses Aktenstück kreuzte sich mit der Reise, die der damalige sardinische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, General Dabormida, nach Paris unternahm, wurde ihm aber nachgeschickt. Als er den Kaiser persönlich um Aufschlüsse über jene für Sardinien ganz unerwartete Wendung der Dinge bat, entstand der bekannte Brief an den König Victor Emanuel vom 20. Oktober, der im Wesentlichen den Inhalt der Depesche bestätigte. Nun hat aber, merkwürdigerweise, die französische Politik gerade nach jener Zeit die harmonischsten Saiten für Piemont angeschlagen, und damals war es die Politik Englands, die in diesem Sinne mächtig auf die französische einwirkte. Berechtigt aber dieser Fall nicht zu der Annahme, daß auch die jüngste Wendung im Programme Frankreichs nicht die letzte ist? Wie früher England, so haben diesmal Preußen und Rußland Einfluß auf die Entscheidung Frankreichs ausgeübt, was augenscheinlich wird, wenn man sich die Depesche Thouvenel's vom 31. Januar vergegenwärtigt, in welcher Frankreich der östreichischen Regierung die Annahme des vierten Punktes der englischen Vorschläge, d. h. die Gesammtannexion, anempfiehlt. Die Thronrede gesteht selbst ein, daß Frankreich, obgleich es jetzt Piemont nur Parma und Modena zugesteht, dennoch Savoyen in Anspruch nimmt; man darf daher voraussetzen, daß Frankreich nicht weniger verlangte, als es sich um die ganze Annexion handelte. Da es daran aber zu streichen begann, als Graf Cavour wegen Savoyen's und Nizza's Schwierigkeiten machte, so sind die Vorstellungen Rußlands und Preußens ihm insofern zu Hülfe gekommen, als sie ihm einerseits die angetroffenen europäischen Schwierigkeiten vorzuschützen erlauben; andererseits Piemont von dem moralischen Opfer überzeugen, das Frankreich brachte, indem es, unbekümmert um etwaige Einwendungen der Großmächte, die Gesammtannexion zugestand. In dieser Ideenordnung den Schluß machend, glauben hier angesehene politische Personen, daß Piemont dem Kaiser jetzt Savoyen und Nizza gutwillig anbieten wird, wenn er die Gesammtannexion zuläßt. Frankreichs Programm hinsichtlich Toscana's und der Legationen ist gerade unbestimmt genug, um wegen dieser Provinzen noch die größten Verwickelungen zuzulassen, die Europa möglichst vermeiden möchte. Wenn daher die Bevölkerung dieser Länder, wie zu erwarten steht (denn das wird sich ja wohl durch die französische Gewandtheit in derlei Dingen besorgen lassen! D. Red.), die Annexion an Piemont aufs Neue votirt und Frankreich wegen Savoyens und Nizza's zufriedengestellt ist, so kann in seinem Programm, so glaubt man, die neue Wendung eintreten, daß es sagt: ich habe „loyalement" das Gegentheil gewünscht, aber Ihr seht, die Italiener wollen nicht anders, und militärisch lasse ich sie nicht exekutiren; diese Stipulationen im Frieden von Villafranca sind mir eben so heilig, wie die wegen der reservirten Rechte der Fürsten. Dann werden die Whigs große Augen machen, denn als Frankreich Toscana und die Legationen dreingab, hofften sie, der Kaiser würde seinerseits auf Savoyen und Nizza verzichten. Die interessanteste aller Versionen aber ist die, welche Piemont das historisch gewordene „zu spät" zuruft und die Ueberzeugung geltend macht, Frankreich würde unter keinen Umständen mehr sein Gewicht für die Erwerbung Toscana's und der Legationen in die Wagschale werfen, sondern wirklich für die Lombardei, Parma und Modena allein Savoyen gebieterisch fordern, nöthigenfalls auch den opponirenden Mächten gegenüber sein „Recht" mit dem Schwerte in der Hand vertheidigen. Die Rede hat in der That eigentlich nur einen wichtigen Punkt, den, daß der Kaiser in ihr seinen Willen, Savoyen zu erwerben, vor den Kammern und im Beisein der gesammten Diplomatie ausgesprochen hat.

— [Frankreich und Sardinien.] Ueber die Antwort Piemonts auf die französischen Propositionen sind verschiedene Versionen im Umlauf. Am meisten wird derjenigen Glauben beigemessen, welche der „Courrier du Dimanche" in einer Turiner Korrespondenz mittheilt. Nach derselben erklärt Graf Cavour im Namen seines Souveräns, er nehme die Bedingungen des Kaisers in allen den Punkten an, welche von dem Könige persönlich abhangen: Was aber die Bevölkerung Mittelitaliens angehe, so werde der König ihnen die Bedingungen des Kaisers mittheilen. Nun glaubt man hier, daß, wenn die Bevölkerungen Mittelitaliens über diese Bedingungen sich ausgesprochen haben, die Romagna unter allen Umständen die Annexion an Piemont verlangen und das von Frankreich proponirte Vikariat Victor Emanuel's entschieden verwerfen wird. Da nun auch der römische Hof die Unterhandlungen mit Frankreich, welche dieses Vikariats betrafen, sofort abgebrochen hat, als der König von Sardinien für dasselbe designirt wurde, so kann dieser Theil des französischen Programms als gescheitert betrachtet werden. Was aber Toscana betrifft, so hoffe das französische Kabinet durch seinen Einfluß und durch die Erinnerungen an die alte Selbständigkeit des Landes dasselbe zur Zurückweisung der Annexion an Piemont zu bestimmen, welche Hoffnung freilich in den aus Toscana kommenden Nachrichten keine Nahrung findet. Nach diesen Nachrichten würde in Toscana nicht minder als in den Staaten der Emilia das Volk entschieden für die Annexion sich erklären. In diesem Falle würde, wie man glaubt, Piemont, eine kühne und entschlossene Politik einschlagend, sofort Toscana militärisch besetzen und Frankreich, welches diese Eventualität erwartet, um nicht zu sagen, hofft, würde alsdann sofort, als Garantie für seine Grenzen, Savoyen und Nizza besetzen, um diese Länder niemals wieder zu restituiren. Es ist wohl zu bemerken, daß der Kaiser in seiner Thronrede nicht allein von seinen Ansprüchen, sondern von seinen Rechten auf Savoyen und Nizza gesprochen hat, er hat den Ausdruck „revendication" gebraucht. Um diese Rechte nöthigenfalls geltend zu machen, wird dem Vernehmen nach stark gerüstet: die seit einiger Zeit auf der Nordlinie unterbrochenen Transporte von Artillerie-Material beginnen wieder und nach Lille sind namentlich 3500 Bomben geschickt worden. (Pr. Z.)

Paris, 6. März. [Telegr.] Der heutige „Moniteur" sagt: Deutsche Journale sprechen von einer Vermehrung der Artillerie durch Neubildung von drei Regimentern; da aber die Anzahl der Batterien vermindert worden ist, so hat bei der Artillerie in Wirklichkeit eine Reduktion stattgefunden. (?)

Belgien.

Brüssel, 2. März. [Kammerdebatten; der Schloßdiebstahl.] Das Haus der Abgeordneten beschäftigt sich seit einigen Tagen mit der Reform des Strafgesetzbuches und hat seine drei letzten Sitzungen mit einer Debatte über den Artikel 420 ausgefüllt. Dieser Artikel hat ein neues Vergehen und neue Strafen aufgefunden, obgleich der Justizminister und der Revisionsausschuß zu mehreren Malen mit Stolz erklärt haben, die Reform sei ein Werk der Milde und Sanftmuth, bestimmt, das mit Blut geschriebene französische Strafrecht von 1810 zu vermenschlichen. Obigem Artikel zufolge sollen nämlich der Arzt, wie auch alle anderen einer geheim gehaltenen Entbindung anwohnenden Personen bei Geld- resp. Gefängnißstrafe gehalten sein, den Namen der Wöchnerin beim Zivilstande zu deklariren. Der Präsident des Hauses, Herr Orts, beantragte in Gemeinschaft mit mehreren seiner Freunde, diese im französischen Strafgesetzbuche nicht enthaltene Bestimmung zu streichen, während ein Unter-Amendement des Herrn Lebeau nur den fungirenden Arzt obiger Verpflichtung enthoben wissen will. Die Regierung und der Revisionsausschuß bekämpfen aus allen Kräften diese mildere Auffassung, welche andrerseits von den Herren Orts, Guillery, Nothomb u. A. in glänzender Weise vertheidigt wird. Die Debatte dauert morgen noch fort, doch darf man voraussehen, daß die Kammer mit großer Mehrheit zu Gunsten des Antrages ihres Präsidenten sich aussprechen werde. — Die neulich aus dem Kabinet des Königs entwendeten beiden Gemälde von Verboekhoven sind von unbekannter Hand ins Schloß wieder zurückgestellt worden. (K. Z.)

Schweiz.

Bern, 3. März. [Die Schweiz und die Annexion.] Die Drohung, den Kanton Tessin mit in die savoyische Frage zu ziehen, wenn die Schweiz sich nicht willfähriger gegen Frankreichs Absichten zeige, will sich, wie ich Ihnen aus bester Quelle versichern kann, verwirklichen. In den letzten Tagen sind dem Bundesrathe bereits offizielle Andeutungen in diesem Sinne gemacht worden. Mag man es aber mit diesen Andeutungen ernstlich meinen oder nicht, so können Sie doch versichert sein, daß die Schweiz weder nach dieser noch nach jener Seite hin einer ungerechten Forderung nachgeben und, sich stark fühlend in ihrem Rechte, auf der einmal betretenen Bahn muthig vorwärts schreiten wird. Die Schweiz weiß die Politik der Herstellung der natürlichen Grenzen und des Nationalitäts-Prinzips ganz wohl zu deuten. Sie weiß, daß, wenn Straße und Sprache auch zugleich die politische Grenzmarke bilden sollten, ihre Existenz als selbständiger Staat vernichtet sein würde. Sie ist bereit, den Kampf um ihre Existenz aufzunehmen. (Wes. Ztg.)

Italien.

Turin, 2. März. [Die französische Thronrede; Toscana.] Aus der „Opinione" kann man entnehmen, wie die hiesige Regierung die Rede des Kaisers auffaßt. Diese Rede, sagt das ministerielle Blatt, werde in Zentralitalien keinen guten Eindruck hervorbringen, allein man müsse sie als übereinstimmend mit der bisher beobachteten Transaktionspolitik betrachten, einer Politik, die sich nach den Umständen und je nach den Geboten der französischen Interessen umgestaltet habe. Der Kaiser habe Sardinien Rath ertheilt, aber die betheiligte Bevölkerung sei in diesem Augenblicke mit Berathung über ihr Schicksal beschäftigt, und Frankreich werde deren Wünsche nicht verkennen können. — Für den unwahrscheinlichen Fall, daß in Toscana das allgemeine Stimmrecht für ein selbständiges Königreich sich ausspreche, werden vier Kombinationen vorgebracht: 1) Prinz Carignan als König; 2) der Herzog von Genua als König mit dem Prinzen Carignan als Regenten; 3) der Herzog von Genua mit der Regentschaft seiner Mutter; 4) ein Vizekönigthum unter der Oberhoheit Sardiniens, ähnlich dem in der Romagna zu errichtenden Vikariate.

Mailand, 6. März. [Magazine.] Hier sollen 6 Magazine errichtet werden, jedes mit Proviant für 30,000 Mann.

Florenz, 28. Febr. [Die religiösen Kongregationen; Flüchtlinge; Fahnenweihe in Pisa.] In Marseille ist von hier die Nachricht eingetroffen, daß der Papst den religiösen Kongregationen in der Romagna Weisung ertheilt habe, ihre Besitzthümer zu verkaufen und die gewonnenen Gelder in päpstlichen Renten oder spanischen Papieren anzulegen. Um nicht als Grundeigenthümer zu erscheinen, machen die Jesuiten auch in den Marken und in Umbrien alle ihre Liegenschaften zu Gelde. — Wie in der Lombardei aus Venetien, so treffen in Toscana fortwährend Schaaren von politischen Flüchtlingen aus dem Neapolitanischen und von der Insel Sicilien ein. — Vorgestern fand in Pisa die Austheilung der Fahnen an die Nationalgarde statt. Der Ministerpräsident Ricasoli, welcher stets persönlich diese Festlichkeiten leitet, hat auch dieses Mal verstanden, die Reminiszenzen der alten Republik und die historischen Beziehungen ihrer ehrwürdigen Monumente zu glänzenden rhetorischen Effekten zu benutzen. Der Dom, das Campo santo, welches i. J. 1228 nach einem Seesiege über die Sarazenen angelegt wurde und in welchem die Todten in Erde aus dem gelobten Lande, welche 50 Galeeren herüberschafften, ruhen, die Trophäen aus den Kriegen mit Genua und Venedig und nun gar die Anwesenheit von Nationalgarden aus Voltera bei dem Feste, haben ihm gestattet, über die Kreuzzüge hinaus in die grauen Zeiten Alt-Etruriens und seiner Cyklopenbauten zurückzugehen. Pisa ist aber auch der Sitz des Kardinals Erzbischofs Corsi, des unerschrockenen Kämpen des Papstthumes und der hierarchischen Privilegien, und Stellen wie folgende müssen daher in der alten Musenstadt von besonderer Wirkung gewesen sein: „Die Ruhe Europa's ist bedingt durch die nationale Konstituirung Italiens, und diese kann nicht mehr gehindert werden durch ihren ewigen Feind, der, dem Grabe nahe, noch einmal in der Verzweiflung des Vernichtungskampfes sich aufrafft. Dieser Feind ist die weltliche Herrschaft Roms. Verwechseln wir dieselbe nicht mit der göttlichen Religion Christi, welche die Welt frei machte, während die erstere die Welt knechten und in die Nacht der Barbarei zurückführen möchte, um einen Schatten der weltlichen Herrschaft zu retten. Soldaten, Söhne der Kreuzfahrer, Angesichts dieser Altäre, welche euch an Jerusalem erinnern, haltet heilig die Religion, verehrt, wie enre Ahnen es thaten, den h. Vater, aber steht auch treu zu Italien und lasset die Künste der weltlichen Roma, welche, unvermögend ganz Italien zu beherrschen, es versucht, mit dem Fremden sich darein zu theilen. Auf daß ihr sie in die Flucht treibt und besiegt, überreiche ich euch diese Fahne."

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 25. Febr. [Der König; Schneefall.] Die Genesung des Königs macht erfreulicher Weise täglich Fortschritte und wir leben deshalb der frohen Hoffnung, die gänzliche Herstellung des geliebten Monarchen bald begrüßen zu können. — Aus vielen Gegenden des Landes laufen Nachrichten ein, über die Lagerung von unglaublich dichten und hohen Schneemassen auf Feldern, Wegen und Waldungen. Die kolossalsten Schneemassen sollen in der Provinz Dalekarlien gefallen sein. Augenzeugen versichern, daß an denen von ihnen passirten Landstraßen natürliche Schneewälle bis zu 5 Ellen Höhe jegliche Aussicht verwehrten, und es läßt sich daher die Unregelmäßigkeit des Postenganges begreifen. (H. N.)

Türkei.

Konstantinopel, 25. Febr. [Kleine Notizen.] Der Mörder Ibrahim Pascha's wurde heute hingerichtet. — Bis jetzt sind schon 225 Millionen Piaster Kaimes verbrannt worden. — Sir Bulwer dementirt die Nachricht von seiner Berufung nach London. — Die Pforte hat den Fürsten Cousa in einem besonderen Handschreiben wegen seiner politischen Haltung beglückwünscht.

Belgrad, 21. Febr. [Polizeiliches; Strafakt.] Der „Tem. Ztg." wird gemeldet: „Fürstlichen Verfügungen nach soll das Institut der Panduren aufgehoben und für den Polizeidienst eine Kompagnie Gendarmen errichtet werden. Der Polizei-Rayon der Stadt wird zur bessern Beaufsichtigung in vier Bezirke eingetheilt, deren jedem ein Kommissär mit dem nöthigen Kanzlei- und Wachpersonale zugetheilt wird. — Auf hohen Befehl wurden, demselben Blatt zufolge, einem jungen, der Bürgerklasse angehörenden Manne, wegen geäußerter Sympathie für den folgenden Regenten in der Dynastie Obrenovitsch, fünfundzwanzig Stockstreiche applizirt und derselbe auf einen Monat Gefängnißstrafe, ohne Intervention der gerichtlichen Behörde und ohne Berufung auf den Paragraphen des Strafgesetzbuches, nach Topschidere deportirt."

Asien.

Kalkutta, 24. Jan. [Die Expedition nach China; die Nepalesen.] Die Vorbereitungen für die chinesische Expedition werden langsam betrieben. Noch erwartet man Befehle aus England über die Auswahl der Regimenter. In den eingebornen Regimentern war die Meldung der Freiwilligen ziemlich allgemein, was schon deshalb ein gutes Zeichen ist, weil es beweist, daß die Sikhs an keinen neuen Aufstand glauben. Jeder Einzelne übrigens, der sich als Freiwilliger meldet, muß ein Dokument unterzeichnen, worin er bescheinigt, daß er nicht gezwungen außer Landes geht. Zu Divisions-Generalen sind Sir R. Napier und Sir J. Michell ernannt, die beide mit der asiatischen Kriegführung wohl vertraut sind. — Von einem Eingebornen, dem Gouverneur von Brotwull (einer Festung an der Grenze von Tirhut), wo die Begum sich lange aufgehalten hatte, ist ein interessanter Bericht über das Verhalten der Nepalesen während des indischen Aufstandes erschienen. Aus demselben geht hervor, daß die Nepalesen von ganzem Herzen gern an dem Aufstande gegen England Theil genommen hätten, und daß Dschung Bahadur es allein war, der sie, oft durch die strengsten Maaßregeln, davon abhielt. Es war bekanntlich wiederholt allerlei von der Feindschaft Dschung Bahadur's gegen England gefabelt worden.

— [Die Expedition in Anam.] Briefe der „Patrie" neueren Datums melden aus Saigun unter dem 2. Jan., daß der Kontreadmiral Page sich in Kambodscha befand. Die zur Vertheidigung der Stadt und der Flußmündung errichteten Arbeiten waren fast vollendet und sollten mit den den Adamiten abgenommenen Geschützen besetzt werden. Man war im Begriffe, Truppentheile aus Eingeborenen zu bilden, unter denen ein Viertel der Offiziere ebenfalls Eingeborene sein können. Mit dem 20. Jan. sollte der Hafen von Saigun den fremden Flaggen geöffnet werden. Die Eingeborenen zeigen sich günstig und die Zukunft des Hafens, namentlich in militärischer Beziehung, scheint gesichert.

Amerika.

Newyork, 19. Febr. [Der Bürgerkrieg in Mexiko.] In Mexiko hat die Anarchie, wie es scheint, den höchsten Grad erreicht. Miramon wurde am 1. März vor Veracruz erwartet. Die Stadt war wohl befestigt, er aber hatte keine Artillerie zu seiner Verfügung. Die gesammte fremde Einwohnerschaft von Chihuahua war gezwungen worden, das Land zu verlassen. Die Amerikaner ließen für eine Million Dollars Eigenthum zurück.

(Beilage.)

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

— Aus den Verhandlungen in der 22. Sitzung am 5. März tragen wir noch Folgendes nach: Bei der Berathung über den Etat der Postverwaltung wird der Antrag der Kommission: „Das Haus wolle die Erwartung aussprechen, daß die Regelung der Insinuation gerichtlicher Verfügungen durch die Post, insbesondere durch die Landbriefbesteller im gesetzlichen Wege möglichst bald erfolgen werde," angenommen, nachdem noch Abgordneter v. Żółtowski den Wunsch ausgesprochen, daß im Großherzogthum Posen Beamte angestellt würden, welche der polnischen Sprache mächtig sind. Der Reg. Kommiss. Philippsborn erkennt die Nützlichkeit eines solchen Verfahrens an, fügt aber hinzu, daß die Behörde auf solche Bedürfnisse stets Rücksicht genommen hat. Zu einer längeren, durch lange Reden namentlich sich auszeichnenden Debatte giebt die Einrichtung von 26 Ober-Postdirektionen Veranlassung. Der Abg. Frhr. v. Vincke (Hagen) hat hier den Antrag gestellt, die Erwartung auszusprechen, die k. Regierung werde die Zahl der Ober-Postdirektionen möglichst so beschränken, daß in Zukunft in jeder Provinz nur eine bestehen bleibt. Hr. v. Vincke befindet sich mit diesem Antrage in Konsequenz mit demjenigen, welcher im vorigen Jahre eine so große Majorität für sich hatte. Die Verdienste, welche sich der Minister v. d. Heydt und der General-Postdirektor Schmückert um das Postwesen erworben, sind nicht zu verkennen, das kann aber nicht hindern, diesen Antrag auch dies Jahr wieder zu stellen. Man spricht so viel von Verminderung der Schreibereien oder von Dezentralisation; hinter solchen Allgemeinheiten stecken aber gar oft ganz absonderliche Dinge. Es sind ganze Aktenstöße, die von Jahr zu Jahr anschwellen, über die Verminderung des Schreibewerks geschrieben worden; man denkt, daß man dezentralisirt hat, wenn man ein neues Rad in die Maschine einschiebt. Mit alle den Neuerungen ist eine größere und namentlich bessere Kontrole nicht zu Wege gebracht worden und trotz des Kopfschüttelns des geehrten Chefs der Postverwaltung (Hr. Schmückert sitzt vor dem Redner) möchte man doch mit Recht behaupten können, daß sich die Einrichtung nicht bewährt hat. Für die Beamten der 26 Ober-Postdirektionen werden 360,000 Thlr. verausgabt, ohne die Bureaukosten, Wohnungsmiethen, ohne die Reisegelder, welche im Interesse des Geldbeutels der Postbeamten so hoch wie möglich sich herausstellen, hinzuzurechnen. Die Ueberschüsse der Postverwaltung haben abgenommen; sie betrugen 1835 noch 33 Proz., im Jahre 1840 23, in der Zeit von 1850—1858 sind sie auf 13⅞ Proz. herabgesunken, trotz des fortwährend zunehmenden Verkehrs. Was die größere Kontrole betrifft, so hat die Sache ihre zwei Seiten; mit der Kontrole allein ist es nicht abgethan, das Schlimme ist, daß dennoch die Malversationen zugenommen haben. Im Jahre 1858 gab es, die Unterbeamten nicht mit hinzugerechnet, 5318 Postbeamte, von diesen sind wegen Malversation 95 Personen oder 1⅞ Proz. aller Beamten entlassen worden, und darunter ein Postmeister, 11 Expedienten, 21 Expediteure, 56 Gehülfen; wirksam hat sich also die Kontrole nicht erwiesen, denn vor 1850 haben die Malversationsfälle nur ⅞ der jetzt konstatirten betragen. Es hat sich ferner die Zahl der verschwundenen Briefe sehr vermehrt, ohne daß hierbei eine Bestrafung oder Untersuchung möglich gewesen wäre. Zur Erhöhung des Ehrgefühls tragen die enormen Ordnungsstrafen sicher nicht bei, sie wirken im Gegentheil niederdrückend und abstumpfend, wenn sie sich auf Lapalien erstrecken, wie z. B. das Nichterscheinen mit Epauletts auf der Uniform im Dienstlokal, ganz wie im Hessen-Darmstädtschen. Was das Schreibewerk betrifft, so zählte das Generalpostamt früher jährlich circa 9000 Nummern in der Kanzlei, jetzt kommt manche Ober-Postdirektion bis auf 30,000 Nummern; man kann also von einer Verminderung der Schreibereien nicht sprechen. Eine Verminderung der Zwischeninstanzen ist im Interesse des Dienstes.

Der Regierungskommissarius Philippsborn widerlegt alle vorhergehenden Behauptungen. Die Zentralisation schreibt sich noch aus den Zeiten der sehr einfachen Verkehrsverhältnisse her, wo die Post noch unabhängig war und die Eisenbahnen sich noch nicht in die Postkurse eingedrängt hatten. Je mehr der Verkehr zugenommen, desto unmöglicher ist es geworden, die Verhältnisse von Berlin aus zu übersehen, das Richtige vom Unrichtigen zu unterscheiden. Was den Kostenpunkt betrifft, so möge man nicht vergessen, daß die Arbeitskräfte im Generalpostamt nicht zureichend waren. Die Erträge der Postverwaltung sind nicht von den Ausgaben abhängig. Konjunkturen, Porto-Ermäßigungen, wie sie in Preußen eingeführt, üben hierauf einen großen Einfluß. Auch die Ausgaben sind in ungewöhnlichem Maaße gestiegen, in Folge der gesteigerten Preise für Licht, Holz, andere Materialien, Wohnungsmiethen. Die Schreibereien des Generalpostamtes allein sind nicht denjenigen der 26 Oberpostdirektionen gegenüber zu stellen, es sind ihnen noch die der 236 Postämter hinzuzufügen, welcher früher mit dem Generalpostamte in Verbindung standen. In der großen Zahl der Postbeamten mag es allerdings untaugliche geben, aber im Ganzen ist diese Kategorie treu, brav, ehrlich. Die vermeintliche Unzufriedenheit mancher Beamten ist wohl erklärlich, und es mag die strenge Disziplin zuweilen unangenehm sein, nothwendig aber ist sie unbedingt, wenn der ganze künstliche Apparat in Ordnung gehalten werden soll. — Abg. Schmückert giebt interessante Beläge zu Gunsten der neuen Einrichtung; leider ist der Abgeordnete, seines schwachen Organs wegen, von der Journalistentribüne aus im Zusammenhange nicht zu verstehen. — Der Minister v. d. Heydt versichert, daß der im vorigen Jahre gemachte Antrag auf das Gewissenhafteste geprüft und erörtert worden sei, daß man aber die Ueberzeugung gewonnen habe, wie es unmöglich sei, die Zentralisation in der früheren Weise wieder herzustellen. In Folge der beantragten Aufhebung des Postzwanges ist noch nicht zu erwarten, daß alle Pakete der Privatbeförderung anvertraut werden, weil die von der Post geleistete Garantie doch immer ins Gewicht fällt. Im Interesse der Post wäre es gewiß, von der Fahrpost ganz befreit zu sein, im Interesse des Landes wäre diese Befreiung aber nicht. Anstatt der Oberpostdirektionen Provinzialdirektionen einzuführen, ist ganz unzuläßig. Ich habe, sagt der Minister, kein Interesse, die Sache anders zu beurtheilen, wie sie wirklich liegt. Unterschlagungen kommen bei allen Verwaltungen vor. Sicher hat sich der Minister Nagler unsterbliche Verdienste um das Postwesen erworben, es ist aber nicht zu verkennen, daß der damalige Zustand nicht länger fortbestehen konnte. — Bei der Abstimmung wird der Antrag des Herrn v. Vincke mit geringer Majorität abgelehnt. Es werden übrigens alle Positionen genehmigt. — Der Etat der Telegraphenverwaltung giebt zu keiner sonderlichen Debatte Veranlassung. Abg. v. Rönne wünscht im Interesse des Publikums eine Herabsetzung des noch immer zu hohen Tarifs. Der Minister v. d. Heydt ist Ermäßigungen gar nicht abhold, wie er dies bereits bewiesen. Es ist aber nicht zu übersehen, daß eine weitere Ermäßigung auch eine Vermehrung der Leitungen und der Arbeitskräfte nothwendig macht. Preußen kann übrigens allein nicht vorangehen.

Die Kommission für Handel und Gewerbe erstattet Bericht über verschiedene Petitionen, von denen indessen nur eine zu einer Diskussion Veranlassung gab. Dieselbe betrifft die Beschwerde des Materialwaarenhändlers G. H. Helmecke und 23 seiner Gewerbsgenossen zu Magdeburg darüber, daß ihnen die Konzession zum Kleinhandel mit Spirituosen verweigert worden, obgleich andere Materialwaarenhändler in deren Besitz seien. Sie tragen darauf an, den Kleinhandel mit Spirituosen neben dem Materialwaarengeschäft entweder ganz zu verbieten, oder aber denselben für Materialwaarenhändler allgemein freizugeben. Abg. v. Puttkammer hat einen Antrag auf einfache Tagesordnung gestellt, der auch nach einigen Ausführungen des Reg. Kommissarius, die Regierung sei entschieden der Meinung, daß der Kleinhandel mit Getränken auf das dringendste Bedürfniß zurückzuführen, angenommen wird. — Bei dem 2. Bericht der Kommission für das Gemeindewesen ist die Petition der Stadtverordneten zu Löwenberg bemerkenswerth. Dieselben hatten im vorigen Jahre beschlossen, ihre Beschlüsse in den Lokalblättern durch eine aus dem jedesmaligen Bureau bestehende Redaktions-Kommission zu veröffentlichen. Dies Konklusum war dem Magistrat zur Kenntnißnahme vorschriftsmäßig mitgetheilt worden. Der Magistrat ging von der Ansicht aus, daß der gefaßte Beschluß seiner Zustimmung bedürfe, und erwiederte den Stadtverordneten, er könne denselben nur unter einigen beschränkenden Modalitäten bestätigen. In dieser ganzen Frage, bei welcher die formelle Einwendung, daß der Instanzenzug nicht eingehalten, eigentlich ohne Belang ist, handelt es sich einfach darum, ob das Prinzip der Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenbeschlüsse unbedingt zur Geltung kommen soll. Der Reg. Kommiss. führte aus, daß in Beziehung auf die Beschlüsse der letzteren ein Unterschied gemacht werden müsse zwischen denen, welche sich auf die Geschäftsordnung, und solchen, welche sich auf die öffentliche Verwaltung bezögen. Dem Magistrat stehe der letztern Kategorie gegenüber entschieden die Exekutive zu, und er müsse deshalb aus formellen, wie aus materiellen Gründen bitten, den Antrag der Kommission, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, abzulehnen. — Der Minister des Innern, Graf Schwerin, der in dieser Debatte zu wiederholten Malen das Wort nimmt, erklärt: er stimme mit der Kommission darin überein, daß die Aufsichtsbehörden die Aufgabe hätten, das Gesetz zu wahren, und die Befugnisse der Stadtverordneten eben so gut, wie die des Magistrats in Schutz zu nehmen. Wenn aber über eine zu bureaukratische Handhabung der Aufsichtsbehörden gesprochen würde, so hätte er nicht zu beurtheilen, was die frühere Regierung gethan; seinerseits müsse er bestreiten, daß auf den vorliegenden Fall bureaukratische Tendenzen in Anwendung gebracht werden könnten. Es handle sich nicht um die Frage, ob zweckmäßig oder nicht, es handle sich lediglich um eine Prinzipienfrage. In dieser Beziehung könne er nur bemerken, daß, wenn die Stadtverordneten einen Beschluß, der nach Außen hin ging, faßten, dieser jedenfalls nur durch den Magistrat zur Ausführung gelangen könne. Der Antrag der Kommission wird mit großer Majorität angenommen. — Die übrigen Petitionen sind ohne allgemeines Interesse.

Angekommene Fremde.

Vom 7. März.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsb. Sander aus Trombinek und Kreutzer aus Vorpommern, Rendant Ritter und die Kaufleute Aust, Ruben, Arndt und Adler aus Berlin, Selbstherr aus Ohlau, Röhlick und Heinrich aus Breslau.

HOTEL DU NORD. Frau Rittergutsb. v. Gorzeńska aus Smiełowo, Rittergutsbesitzer Sławski aus Komornik, Major und Kommandeur Köhn v. Jaski aus Lissa und Kaufmann Loßberger aus Hanau.

BAZAR. Die Gutsb. Graf Kwilecki aus Kobylnik, Mittelstädt aus Sielec, v. Niegolewski aus Włościejewki, v. Niegolewski aus Niegolewo und v. Wierzbiński aus Stare, Frau Gutsb. v. Karsnicka aus Mystki, Dekan Twardowski aus Gozdowo und Assessor Graf Kwilecki aus Breslau.

SCHWARZER ADLER. Die Kaufleute Ollendorff aus Rawicz und Hoffmann aus Stettin, Administrator Waliszewski aus Chocicza und Gutsb. Drzeński aus Borzejewo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Frau Gutsb. Gräfin Kreutz und Komtesse Kreutz aus Kościelec, die Gutsb. v. Hönicke aus Herzogswaldau, Freytag aus Trzebow und v. Sänger aus Polajewo, die Kaufleute Pintus aus Berlin, Müleisen aus Gmünd und Wagenknecht aus Dresden.

HOTEL DE PARIS. Probst Piątkowski aus Winnagóra, Gutsverwalter Bulczyński aus Nietrzanowo, die Gutspächter v. Jackowski aus Palczyn, Golski aus Czarny piątkowo und Seredyński aus Niemierzyce, Frau Gutsb. Szrader aus Izdebno, die Gutsb. v. Dobrogojski aus Chocicza und v. Żółtowski aus Zajączkowo.

HOTEL DE BERLIN. Kaufm. Lesser aus Stargard in Pommern, Gutsb. Małuszewski aus Biezdrowo, die Gutspächter Gebrüder Nawrocki aus Pierwoszewo, Apotheker Winter aus Pinne und Pharmazeut Marchwiński aus Wreschen.

EICHBORN'S HOTEL. Fabrikant Schmidt aus Borstendorf, die Kaufleute Silber aus Rakwitz und Aron aus Filehne.

BUDWIG'S HOTEL. Apotheker Ludwig und Beamter Hoyer aus Rogasen, Brennerei-Verwalter Marcus aus Wielichowo, Wirthschaftsschreiber Schmidt aus Sędzin, die Kaufleute Löwenthal aus Breslau, Bergas jun. aus Grätz und Kochheim jun. aus Schroda.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Für die Nothleidenden im Kreise Schlochau sind ferner bei uns eingegangen: 3) F. W. Z. 1 Thlr. 4) M. 1 Thlr. 5) C. A. S. 5 Thlr.
Anderweite Beiträge werden gern entgegen genommen. **Posen,** den 7. März 1860.
Die Zeitungsexpedition von **W. Decker & Co.**

Familien-Nachrichten.

Heute früh 2½ Uhr entschlief nach schwerem Leiden unser heißgeliebter Vater, der Oekonomiekommissarius **Ernst Wilhelm Wagner,** im 81. Lebensjahre, was, um stille Theilnahme bittend, seinen vielen Freunden statt besonderer Meldung tief betrübt anzeigen
die Hinterbliebenen.
Posen, den 7. März 1860.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Glowe bei Friedland in der Lausitz: Miß E. P. de Montmorency mit Frhrn. E. v. Buddenbrock; Liegnitz: Frl. H. Boehm mit G. Kummer; London: Frl. A. Reim mit Mr. Walter Scott Matthie; Stettin: Frl. J. Brunkow mit Kaufm. A. Weidemann; Driesen: Frl. A. Zweiger mit Gutsbesitzer E. Wende; Bremen: Frl. E. Hechenthal mit Hrn. C. Liesegang; Magdeburg: Frl. E. Voekero mit Hrn. W. Zimmermann, und Frl. P. Lewioda mit Hrn. W. Gürtler; Oschersleben: Frl. M. Wagner mit Kreisbaumeister A. Marggraf.

Verbindungen. Torgau: Hauptmann W. v. Hanneken mit Frl. H. v. Bosse; Cziasnau: Hr. W. v. Piwnicki mit Frl. L. v. Frankenberg-Ludwigsdorff; Dessau: Hr. A. M. Sander mit Frl. M. Albrecht.

Stadttheater in Posen.

Mittwoch kein Theater.
Donnerstag, zweites Gastspiel des Herrn **Holzstamm,** Mitglied des Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theaters in Berlin: **Die Journalisten.** Lustspiel in 4 Akten von Freytag. Conrad Bolz: Hr. Holzstamm.
Freitag, drittes Gastspiel des Herrn **Holzstamm,** Mitglied des Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theaters in Berlin: **Eine halbe Stunde Aufenthalt,** oder: **Station Sammer.** Lustspiel mit Gesang in 1 Akt von Pleßner. Hierauf zum ersten Male: **Der Ritter der Damen.** Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen des Michel Labiche von G. Hiltt. Hierauf: **Buch III., Kapitel I.** Lustspiel in 1 Akt von Bahn. Zum Schluß: **Italienische Streicher,** oder: **Die falschen Geschwister Fernis.** Gelegenheitsschwank mit Gesang in 1 Akt von Salingré. — Mehlweiß, Bois-Rosée, Eduard, Lustig: Hr. Holzstamm.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 7. März 1860.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	84½	—	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	100	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	104¾	—	—
Preuß. 3½ % Prämien-Anl. 1855	—	112½	—
Posener 4 " Pfandbriefe	100½	—	—
" 3½ " "	—	90	—
" 4 " neue "	—	87¾	—
Schles. 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ " "	82	—	—
Posn. 4 " "	86¾	—	—
Posener Rentenbriefe	91¼	—	—
" 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	—	—
" 5 " Prov. Obligat.	96	—	—
" Provinzial-Bankaktien	74	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86¾	—
Ausländische Banknoten	—	—	—

Roggen fest und höher, schließt ruhiger, pr. März 43½ bez., Frühjahr 43½ bez., April-Mai 43 5/12 bez., Mai-Juni 43¾—⅔ bez., ¾ Br.

Spiritus (pr. 8000 % Tralles) höher und fest schließend, loko (ohne Faß) 15 5/12—15¾ Thlr., mit Faß pr. März 16⅛—¼ bez., April-Mai 16⅝ bez., Mai-Juni 16¾ Gd., Juni-Juli 17 Br.

Posener Marktbericht vom 7. März.

	von Thl.	Sgr.	Pf.	bis Thl.	Sgr.	Pf.
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	2	15	–	2	17	6
Mittel-Weizen	2	10	—	2	12	6
Bruch-Weizen	2	2	6	2	5	—
Roggen, schwerer Sorte	1	23	9	1	26	3
Roggen, leichtere Sorte	1	21	3	1	22	6
Große Gerste	1	20	—	1	21	3
Kleine Gerste	1	17	6	1	20	—
Hafer	—	26	—	—	27	—
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	12	—	—	15	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	2	—	—	2	10	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G.	10	22	6	11	15	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Spiritus am 6. März per 100 Qrt. à 80 % Tr.	15	10		15	20	
" 7. "	15	12	6	15	22	6

Die Markt-Kommission.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 6. März Vorm. 8 Uhr 3 Fuß 9 Zoll.
" 7. " " " 4 " 1 "

Produkten-Börse.

Berlin, 6. März. Wind: Nord. Barometer: 28½. Thermometer: früh 0. Witterung: abwechselnd Schneefall.

Weizen loko 59 a 70 Rt. nach Qualität.

Roggen, loko 47⅞ a 49½ Rt., p. März 48⅞ a 49 Rt. bez. u. Gd., 49¼ Br., p. Frühjahr 48 a 48⅞ Rt. bez. u. Br., 48¼ Gd., p. Mai-Juni 48 a 48½ Rt. bez. u. Br., 48⅜ Gd., p. Juni-Juli 48½ a 48⅞ Rt. bez., 48¾ Br., 48½ Gd.

Große Gerste 38 a 44 Rt.

Hafer, loko 25 a 29 Rt., p. März 27 Rt. Gd., p. Frühjahr 26⅞ Rt. bez. u. Gd., 27 Br., p. Mai-Juni 27⅛ Rt. Br., p. Juni-Juli 28 Br.

Rüböl, loko 11½ Rt. Br., p. März u. März-April 11½ Rt. bez. u. Br., 11 5/12 Gd., p. April-Mai 11⅓ a 11 7/12 a 11½ Rt. bez. u. Gd., 11 7/12 Br., p. Mai-Juni 11⅝ a 11 7/12 Rt. bez. u. Br., 11½ Gd., p. Sept.-Oktbr. 12⅛ a 12¼ a 12⅛ Rt. bez. u. Gd., 12¼ Br.

Spiritus, loko ohne Faß 16¾ a 16⅝ Rt. bez., mit Faß —, p. März und p. März-April 16⅚ a 17 Rt. bez., Br. u. Gd., p. April-Mai 17 1/12 a 17¼ Rt. bez. u. Br., 17⅙ Gd., p. Mai-Juni 17⅓ a 17½ Rt. bez., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 17¾ Rt. bez. u. Gd., 17⅔ Br., p. Juli-August 18 1/12 a 18⅛ Rt. bez. u. Gd., 18¼ Br., p. August-Sept. 18⅛ Rt.

Weizenmehl 0. 4⅛ a 4 5/12 Rt., 0. u. 1. 3⅞ a 4⅛ Rt. — **Roggenmehl** 0. 3 5/12 a 3⅞ Rt., 0. u. 1. 3 a 3⅓ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 6. März. Etwas Schnee und Regen. Wind: N. Temperatur + 2° R.

Weizen, loko p. 85pfd. gelber 62½ — 67 Rt. bez., geringer poln. 61½ Rt. bez., 85pfd. gelber inländ. p. Frühjahr 68 Rt. Br., 67½ Gd., vorpomm. 70 Rt. Br., inl. p. Juni-Juli 70 Rt. Br.

Roggen, loko p. 77pfd. 45 — 45½ Rt. bez., 77pfd. p. März 46 Rt. Br., p. Frühjahr 44¾ Rt. bez. u. Gd., 45 Br., p. Mai-Juni 45 Rt. bez. u. Br., p. Juni-Juli 45 Rt. Gd., 45½ Br.

Gerste ohne Handel.

Hafer, loco p. 50pfd. 28 Rt. bez.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
66 a 68.	48 a 50.	37 a 43.	25 a 27.

Erbsen 45 a 48.

Rüböl, loko 11⅛ Rt. Br., p. April-Mai 11¼ Rt. Br., ⅛ Gd., p. Septbr.-Oktbr. 11⅞, 11/12 bez.

Spiritus, loko ohne Faß 16½, 7/12 Rt. bez., p. März 16⅝ Rt. Gd., ¾ bez., p. Frühjahr 17¼ Rt. bez. u. Br., p. Mai-Juni 17⅓ Rt. bez. u. Br., p. Juni-Juli 17 7/12 Rt. Br., ½ bez. u. Gd., p. Juli-August 18 Rt. Br. (Ostſ. Z.)

Breslau, 6. März. Wetter: Schneegestöber und Regen wechseln, früh + 1°.

Weißer Weizen 66—71—73—78 Sgr., gelber 65—68—71—73 Sgr.
Roggen 53—54—56—57 Sgr.
Gerste 41—43—45—48 Sgr.
Hafer 26—28—30 Sgr.
Erbsen 48—50—54—56 Sgr.
Oelsaaten. Raps 88—90—94 Sgr.

Rother Kleesamen ordinärer 8—9 Rt., mittler 9½—10½ Rt., feiner 10½—11 Rt., hochfeiner 11½—11¾ Rt., weißer ord. 18—21 Rt., mittel 21½—23, fein 23½—24, hochfein —25½ Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 16 Rt. Gd. (Br. Hdlsbl.)

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Liverpool, 6. März. Baumwolle: 3000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 6. März 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	— —
Aachen-Mastricht	4	17-16⅞ bz
Amsterd. Rotterd.	4	70 bz u G
Berg. Märk. Lt. A.	4	72½ G
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	103¾ bz
Berlin-Hamburg	4	102¾ G
Berl. Potsd. Magd.	4	121½ G
Berlin-Stettin	4	95½ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	81 B
Brieg-Neiße	4	48½ B
Cöln-Crefeld	4	74 G
Cöln-Minden	3½	121½ B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. Stamm-Pr	4½	— —
do. do.	5	— —
Löbau-Zittauer	4	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	128½ G
Magdeb. Halberst.	4	181½ G
Magdeb. Witter.b.	4	33¾ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	96½ G
Mecklenburger	4	42 bz u G
Münster-Hammer	4	89 G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	91 G
Niederschl. Zweigb.	4	38½ B
do. Stamm-Pr.	5	— —
Nordb., Fr. Wilh.	4	48¼ etw -⅛ bz u G
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	110½-¾ bz
do. Litt. B.	3½	105½ bz
Oest. Franz. Staat.	5	131¾-32-31½ bz u B
Oppeln-Tarnowitz	4	29 G
Pr. Wlh. (Steel-B)	4	48½ B
Rheinische,	4	80½ bz
do. Stamm-Pr.	4	90½ bz
Rhein-Nahebahn	4	42⅛ G
Ruhrort-Crefeld	3½	74½ bz
Stargard-Posen	3½	81 G
Thüringer	4	98¼ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	117 B
Berl. Handels-Ges.	4	75 bz u G
Braunschw. Bk. A.	4	71½ etw -¼ bz
Bremer do.	4	96 G
Coburg. Kredit-do.	4	54 G
Danzig. Priv. Bk.	4	78½ G
Darmstädter abgst.	4	61 bz
do. Ver. Scheine	—	— —
do. Zettel-B. A.	4	89½ G
Dessauer Kredit-do.	4	20¼ bz
Disk. Comm. Anth.	4	80¾ bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	26½ etw bz
Geraer do.	4	70 bz
Gothaer Priv. do.	4	70 etw B
Hannoversche do.	4	89 G
Königsb. Priv. do.	4	83 G
Leipzig. Kredit-do.	4	55¾ bz u G
Luxemburger do.	4	70 B
Magdeb. Priv. do.	4	76 B
Meining. Kred. do.	4	64 etw bz
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	82½ G
Oestr. Kredit- do.	5	72½-¼-¾-72½ bz
Pomm. Ritt. do.	4	74 B
Posener Prov. Bank	4	73¾ bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	132 bz
Rostocker Bank Akt.	4	— —
Schles. Bank Verein	4	72 bz u B
Thüring. Bank-Akt.	4	50½ etw bz
Vereinsbank, Hamb.	4	98 G
Waaren-Kred. Anth.	5	91½ bz
Weimar. Bank-Akt.	4	73¼ G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	84 G
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	67 B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	70 B
Minerva, Bergw. A.	5	29¼ B
Neustädt. Hüttenv. A	5	4¾ B p. Stck.
Concordia	4	— — [fco. Zins.
Magdeb. Feuervers. A	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	82 B
do. II. Em.	4	79 G
do. III. Em.	4½	84½ B
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	101¾ B
do. II. Ser.	5	101¼ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	72 bz
do. Düsseld. Elberf.	4	83 bz u G
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	82¾ bz
do. II. Ser.	4½	89 B
Berlin-Anhalt	4	94¼ G
do.	4½	99 B
Berlin-Hamburg	4½	102 G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	90¼ bz
do. Litt. C.	4½	99¼ bz
do. Litt. D.	4½	97½ G
Berlin-Stettin	4½	98⅛ bz
do. II. Em.	4	83½ B
do. III. Em.	4	81 B
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	99½ G
do. II. Em.	5	102¾ bz
do.	4	85¾ bz
do. III. Em.	4	82 B
do.	4½	89 bz
do. IV. Em.	4	79¾ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	91¼ G
do. conv.	4	90¾ G
do. conv. III. Ser.	4	88¼ B
do. IV. Ser.	5	102½ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	100 G
Oberschles. Litt. A.	4	91 G
do. Litt. B.	3½	78¼ bz, C. 84½ G
do. Litt. D.	4	84¾ B
do. Litt. E.	3½	72½ bz
do. Litt. F.	4½	89¼ bz
Oestreich. Französ.	3	252 B
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	98⅝ G, II. —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	85 B
do. v. Staatgarant.	3½	77½ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	84½ B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	100½ B
do. III. Ser.	4½	98½ G
do. IV. Ser.	4½	95¾ B

Preußische Fonds.

	Freiwillige Anleihe	4½	99⅞ bz
	Staats Anl. 1859	5	104½ B
	do.	4½	99¾ B
	do. 1856	4½	99¾ B
	do. 1853	4	93¾ G
	N. Präm St A 1855	3½	113½ bz
	Staats-Schuldsch.	3½	84⅝ bz
	Kur- u. Neum. Schldv	3½	81¼ G
	Berl. Stadt-Oblig.	4½	99¾ bz
	do. do.	3½	81⅞ G
	Berl. Börsenh. Obl.	5	103 G
Pfandbriefe	Kur- u. Neumärk.	3½	87¾ B
Pfandbriefe	do.	4	97 G
Pfandbriefe	Ostpreußische	3½	81⅝ bz
Pfandbriefe	do.	4	90 bz
Pfandbriefe	Pommersche	3½	86¾ G
Pfandbriefe	do. neue	4½	95 bz
Pfandbriefe	Posensche	4	100 G
Pfandbriefe	do.	3½	90 G
Pfandbriefe	do. neue	4	88 bz
Pfandbriefe	Schlesische	3½	87¼ G
Pfandbriefe	B. Staat gar. B	3½	— —
Pfandbriefe	Westpreußische	3½	81½ bz
Pfandbriefe	do.	4	89⅝ bz
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärk.	4	93½ bz
Rentenbriefe	Pommersche	4	93¾ bz
Rentenbriefe	Posensche	4	91 G
Rentenbriefe	Preußische	4	92 G
Rentenbriefe	Rhein- u. Westf	4	93½ bz
Rentenbriefe	Sächsische	4	94 G
Rentenbriefe	Schlesische	4	93 G

Ausländische Fonds.

	Oestr. Metalliques	5	51¼ bz
	do. National-Anl.	5	57¼-⅛-⅜ bz
	do. 250fl. Präm. O.	4	79 B
	do. neue 100fl. Loose	—	50¾ G
Russische	5. Stieglitz-Anl.	5	94¾ G
Russische	6. do.	5	105 B
Russische	Englische Anl.	5	106 G
Russische	N. Russ. Egl. Anl.	3	63⅝ bz, ½ B
Polnische	Poln. Schatz-O.	4	83 etw bz
Polnische	Cert. A. 300 Fl.	5	92¾ G
Polnische	do. B. 200 Fl.	—	22¼ G
Polnische	Pfdbr. u. in S R.	4	86⅝-½ bz
Polnische	Part. O. 500 Fl.	4	89½ G
	Hamb. Pr. 100 BM	—	85 bz
	Kurh. 40 Thlr. Loose	—	41¾ etw bz
	Neue Bad. 35 Fl. do.	—	29½ bz
	Dessau. Präm. Anl.	3½	93¼ etw bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113⅛ bz
Gold-Kronen	—	9. 2¼ B
Louisd'or	—	108⅜ bz u G
Sovereigns	—	6. 19 B
Napoleonsd'or	—	5. 8¾ bz u G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	453¾ bz
Dollars	—	1. 10¾ B
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 20 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅜ bz
Fremde Banknot.	—	99¼ bz
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅝ bz
Fremde kleine	—	99 G
Oestr. Banknoten	—	75 bz
Poln. Bankbillet	—	86¾ bz u G

Wechsel-Kurse vom 6. März.

Amsterd. 250fl. kurz	3	142⅛ bz
do. 2 M.	3	141⅝ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2	150¾ bz
do. do. 2 M.	2	150⅜ bz
London 1 Lstr. 3 M.	2½	6. 17¾ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79 1/12 bz
Wien öst. W. 8 T.	—	74⅛ bz
do. do. 2 M.	6	74⅜ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56. 24 bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 26 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99⅜ bz
do. do. 2 M.	4	99 5/12 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	5	96 bz
Bremen 108 Tlr. 8 T.	3½	108⅛ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	86⅞ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

An der heutigen Börse war die Stimmung matt.

Breslau, 6. März. Die Börse war heute fester bei etwas höheren Kursen, das Geschäft vielseitiger, doch nicht von großem Belange.

Schlußkurse. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 72½ Br. Schlesischer Bankverein 72⅓ Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 81 Gd. dito 4. Emiss. —. dito Prior. Oblig. 83½ Br. dito Prior. Oblig. 89 5/12 Gd. Köln-Mindener Priorit. 79¼ Gd. Neisse-Brieger 47 5/12 Gd. Niederschlesisch-Märkische —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 110⅞ Gd. dito Lit. B. 105 Gd. dito Prior.-Obligat. 84 11/12 Br. dito Prior. Oblig. 89⅛ Br. dito Prior. Oblig. 72⅞ Br. Oppeln-Tarnowitzer 29½ Br. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) 35¼ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Obigl. —. dito Stamm-Pr. Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

London, Dienstag, 6. März, Nachmittags 3 Uhr. Börse flau, nur für Konsols Käufer. Silber 62⅛. Konsols 94¼. 1proz. Spanier 33⅛. Merikaner 21⅛. Sardinier 86. 5proz. Russen 107. 4½proz. Russen 97½. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 5 Sh. Wien 13 Fl. 60 Kr.

Paris, Dienstag, 6. März, Nachmittags 3 Uhr. Fortdauernde Geschäftslosigkeit. Die 3proz. begann zu 67, 90, fiel auf 67, 85, stieg auf 67, 95, wich auf 67, 90 und schloß fast ohne Umsatz zur Notiz. Konsols von Mittags 12 Uhr waren 94⅝ eingetroffen.

Schlußkurse. 3% Rente 67, 95. 4½% Rente 97, 60. 3% Spanier 43¼. 1% Spanier —. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 501. Oestr. Kreditaktien 367. Credit mobilier Akt. 745. Lomb. Eisenb. Akt. —.

Amsterdam, Dienstag, 6. März, Nachmit. 4 Uhr. Börse fest und ziemlich lebhaft.

Schlußkurse. 5proz. Oestr. Nat. Anl. 53 15/16. 5proz. Metalliques Lit. B. 69¾. 5% Metalliques 47⅞. 4½proz. Metalliques 26⅛. 1proz. Spanier 33 1/16. 3proz. Spanier 42¾. 5proz. Russen 89½. 5proz. Russen Stieglitz de 1855 99¼. Merikaner 20¾. Londoner Wechsel, kurz 11, 65. Hamburger Wechsel 35⅛. Holländische Integrale 64⅞.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.